Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 57 (1979-1980)

Heft: 25

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8001 Zürich
Leonhardstr. 19

zürcher student

ZS

21. Januar 1980

Auflage 17 000

Nr. 25

57. Jahrgang

VSETH VSU

Offizielles Organ des VSETH (Verband der Studierenden an der ETH) und des VSU (Verband Studierender an der Uni).

Redaktion/Inseratenverwaltung
Leonhardstr. 19, 8001 Zürich
Telefon (01) 69 23 88

Erscheint wöchentlich während des Semesters

Diese Woche ganz anders!

VSETH: Nationalratsprotokolle *S. 2/3*

VSU: Finanzen nicht Bildung *S. 7*

Fachvereine *S. 9*

HS: Plangeplänkel *S. 10*

WOCHENKALENDER *S. 12*

Studie zur sozialen Lage der Studenten abgebrochen

Datenschutz mal anders

1977 begann das Eidgenössische Statistische Amt (ESTA) mit den Abklärungen für eine Sondererhebung über die soziale Lage der Studenten («Solastud»). 1979 lag der Fragebogen bereit, die Erhebung war für das Wintersemester 79/80 geplant. Sie findet nicht statt. Departementschef Bundesrat Hürlimann legte sein Veto ein. Die Gründe für die Absage sind unglaubwürdig, vom Bundesrat war laut Angaben aus dem ESTA keine erschöpfende Auskunft zu erhalten: Er sei dazu nicht verpflichtet.

Die letzte gesamtschweizerische Erhebung über die soziale Lage der Studenten wurde im Jahr 59/60 durchgeführt. Die laufenden Statistiken des *Schweizerischen Hochschulinformationssystems (SHIS)* wiederum haben «v.a. *auch aus Überlegungen des Persönlichkeitsschutzes auf eine EDV-mässige Erhebung sozialer Merkmale der Studierenden verzichtet und dazu Einzeluntersuchungen in grösseren zeitlichen Abständen vorgesehen.*» (Aus der Korrespondenz zwischen *ESTA* und *VSS.*) Wie aus dem *ESTA* zu erfahren war, liegt der eigentliche Hinderungsgrund jedoch nicht in Problemen des Datenschutzes; vielmehr können die aus den Einschreibebogen erstellten simplen Dateien keine vertieften sozialen Aufschlüsse liefern, so dass spezielle Befragungen notwendig werden.

Bedürfnis vorhanden . . .

1977 stellten das *Amt für Wissenschaft und Forschung (AWF; heute: Bundesamt für Bildung und Wissenschaft)* und der *Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS)* unabhängig voneinander an das *ESTA* den Antrag, die Durchführung einer gesamtschweizerischen Erhebung über die «Solastud» zu prüfen. Dazu das *ESTA*: «*Es ist verständlich, dass angesichts des vermehrten Effizienzdenkens im Hochschulwesen die Informationsbasis verbreitert und vertieft werden will. Geläufige Vorstellungen und Vermutungen über Abhängigkeiten des Studienerfolgs von sozialen Verhältnissen (Ausbildung der Eltern, Art der Studienfinanzierung, Wohnverhältnisse, soziale Umwelt, zukünftige Berufschancen usw.) möchten statistisch relativiert werden, um als fundierte Grössen in der Planung und Struktur des Hochschulbereichs Eingang zu haben.*

Angesichts der bildungspolitischen Tragweite einer solchen Untersuchung halten wir es für angebracht, noch weitere gewichtige Interessenten zur Frage der Opportunität einer derartigen Befragung zu konsultieren.»

Das *ESTA* berief eine Konferenz mit den massgeblichen Gremien ein, das hinterste und letzte bildungspolitische Organ wurde auf seine Informationsbedürfnisse und gewünschte Schwerpunkte befragt. Die Antworten fielen, mit ein paar wenigen Ausnahmen, durchwegs positiv aus. Der Bund verhielt sich jedoch zurückhaltend und stellte keinen direkten Antrag an die Kantone, obwohl er selbst wie auch die Kantone an einer solchen Umfrage interessiert sein müssten. Zumindest das Sekretariat der Erziehungsdirektorenkonferenz und dasjenige der Hochschulkonferenz befürworteten aber das Vorhaben.

. . . Projekt gestorben

Das Bedürfnis war also durchaus ausgewiesen, das Projekt wurde im Budget von 1979 mit einem Kredit von 150 000 Fr. bedacht. Im Sommer 1979 führte das *ESTA* die notwendigen Probeinterviews mit zufällig ausgewählten Studenten verschiedener Hochschulen «*zur Formulierung von Arbeitshypothesen sowie zur Konstruktion des Erhebungsinstrumentes für die spätere Hauptbefragung*» durch. Der Fragebogen wurde erarbeitet und der Erhebung, die bereits auf Januar 79 vorgesehen war – durch den Personalstopp bedingt dann allerdings auf dieses Semester verzögert –, stand nichts mehr im Wege, ausser der Bundesrat. Das *ESTA* sah sich gezwungen, das Projekt abzusagen:

«*Nun ist es einstweilen nicht möglich, einen positiven Entscheid des Bundesrates für die beantragte Erhebung zu erhalten. Gewichtige juristische Gründe sprechen dagegen. Solange in der Frage des Datenschutzes keine gesetzliche Regelung getroffen ist und auch das Bundesgesetz über die amtliche Statistik noch nicht verabschiedet ist, müsste mit ernsthaften juristischen Schwierigkeiten gerechnet werden, wenn das Projekt dennoch verwirklicht werden sollte. Die Tatsache, dass diese Erhebung nicht nur den Aufgabenbereich des Bundes, sondern auch kantonale Interessen berührt, zeigt auf, dass zu einem späteren Zeitpunkt diese Frage im Zusammenhang mit einer breiten finanziellen Abstützung (Bund und Kantone) wieder aufgegriffen werden kann.*»

(Aus der Korrespondenz zwischen *ESTA* und *VSS*).

Datenschutz – Datenschtutz

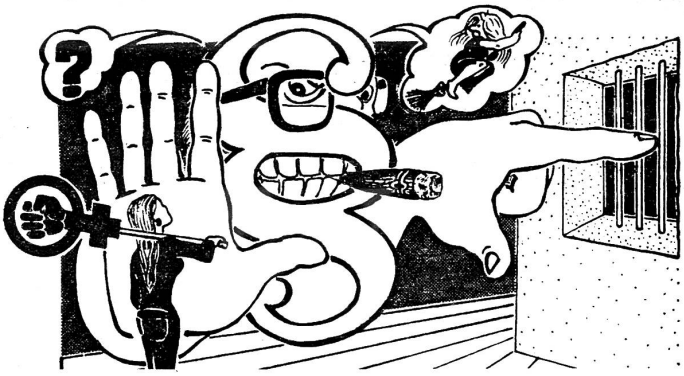
Die dem *ESTA* vom Bundesrat diktierte Begründung ist jedoch keineswegs stichhaltig:

1. Die Untersuchung war, wie aus dem *ESTA* selbst verlautete, keineswegs datenkritisch. Zudem verhindern (oder sollten es zumindest) eine Reihe von Massnahmen Missbräuche; Material mit Hinweisen auf Personen wird vernichtet. Werden die angeführten Massstäbe geltend gemacht, so müssten auch andere Projekte unter diese Konsequenz fallen. Die Argumente des Datenschutzes wurden denn auch erst 18 Monate nach Projektbeginn vorgebracht, die Stellungnahme des Bundesamtes für Justiz sei unter Zeitdruck ausgearbeitet worden, in einem klaren Auftrags- und Zweckverhältnis also.

2. Das alte Hochschulförderungs-Gesetz von 1968 verpflichtet den Bund zur Übernahme statistischer Aufgaben im Hochschulbereich. Eine minimale Rechtsgrundlage wäre damit gegeben. Die Tendenz im Verwaltungsrecht, der Verwaltung nur noch Aufgaben mit klarer gesetzlicher Grundlage zuzuweisen, scheint daher als Argument wenig stichhaltig. Ausserdem müsste der Bundesrat, wie erwähnt, an der Auswertung der von ihm im Hochschulbereich getätigten Finanzausgaben (Stipendien, Wohnungsbau, Mensen) interessiert sein.

3. Die Tatsache, dass der abschlägige Bescheid des Bundesrates eine Woche nach dem Beschluss erfolgte, der Bund übernehme aus Spargründen keine neuen, nicht unabdingbaren Verwaltungsaufgaben mehr, legt die Vermutung nahe, die «Solastud» sei ein weiteres Opfer des Sozialabbaus. Dem ist nicht so, wenigstens nicht unmittelbar. Wie aus dem *Sekretariat der Hochschulkonferenz* zu erfahren war, wäre die HK zudem mit aller Wahrscheinlichkeit bereit gewesen, mit ihrem nicht ausgeschöpften Budget in die Lücke zu springen. Es liegt jedoch

Fortsetzung auf Seite 5



Frauen in wissenschaftlichen Berufen

Lorbeeren schwer verdient

In der Schweiz konnten sich im Wintersemester 1872/73 erstmals an einer Uni (Genf) Frauen immatrikulieren. Seither sind die Studentinnenzahlen konstant gestiegen: 1978 rund 30% Uni, rund 11% ETH. Wie die Statistik zeigt, kommen Frauen vor allem mit kantonalen Mittelschulabschlüssen oder Lehrerpatenten an die Hochschule. Besonders bei Handelsmaturitäten, Aufnahmeprüfungen und bei Fremdmaturen sind Frauen untervertreten. Daraus lässt sich schliessen, dass Mädchen vor allem auf Förderung in der Schulzeit angewiesen sind. Speziell gilt dies für Mädchen der unteren sozialen Schichten.

Der Anteil Frauen, die nach der Matur einen «einfacheren» (frauenspezifischen) Beruf ergreifen (Physiotherapeutin, Primarlehrerin, Dolmetscherin usw.), ist immer noch sehr hoch. Bei der grundsätzlichen Entscheidung für einen solchen Beruf anstelle eines Hochschulstudiums spielen die Möglichkeiten späterer Teilzeitarbeit oder eines längeren Arbeitsunterbruchs eine bestimmende Rolle.

Du heiratest ja doch!

Frauen wählen ihr Studienfach weniger nach dem Gesichtspunkt späterer Verdienst- und Aufstiegschancen, sondern eher nach der zu erwartenden Befriedigung und der Aussicht auf gute soziale Kontakte. Diese erziehungsbedingte Einstellung macht den Umgang mit Frauen um so vieles angenehmer und menschlicher als derjenige mit Männern. Dass Frauen solche Kriterien bei der Stellenwahl zuerst berücksichtigen, ist nicht immer persönlicher Natur, sondern oft durch die gesellschaftliche Tatsache verursacht, dass sie oft nicht

Fortsetzung auf Seite 5

Nationalratsdebatte über ETH-Übergangsregelung

Mehr als ein kleines Erdbeben . . .

Der Nationalrat hat sich am 12. Dezember 1979 mit der ETH-Übergangsregelung beschäftigt und sie um weitere fünf Jahre verlängert. Wie bereits berichtet, war dies für den *VSETH*, die Assistentenvereinigung *AVETH* und die *ETH-Reformkommission* der Anlass, um mit Stellungnahmen an die Räte zu gelangen. Auszugsweise veröffentlichen wir einzelne Voten aus der Nationalratsdebatte. Die Stellungnahme der Reformkommission wird übrigens im nächsten ETH-Bulletin abgedruckt werden.

Müller, Luzern, Berichterstatter: Vorlagen über die ETH sind meist weniger harmlos, als man auf den ersten Blick meinen möchte. So geht es auch bei dem Geschäft, das ich hier zu vertreten habe, substantiell nur darum, ein Datum zu ändern. Die Geltungsdauer der Übergangsordnung, also des derzeitigen provisorischen ETH-Gesetzes, soll um fünf Jahre verlängert werden. Nun hat aber die Eile, mit der das Geschäft behandelt werden muss, und vor allem ein Satz in der Botschaft, Protestaktionen ausgelöst, die kurz vor der Sitzung unserer Kommission begannen und letzte Woche in einer Stellungnahme der ETH-Reformkommission ihren vorläufigen Höhepunkt fanden. Dazwischen liegen eine Petition der ETH-Assistenten an die eidgenössischen Räte und Demarchen des VSETH. Der Satz, um den es sich hier handelt, lautet: *«Nach unserer Überzeugung und auch nach derjenigen des Schweizerischen Schulrates hat sich die Übergangsregelung weitgehend bewährt.»* Aber nicht nur der zitierte Satz an sich wird *«aufgespiesst»*, sondern die ETH-Organisationen kritisieren auch sein Zustandekommen, das heisst, sie beanstanden, nicht befragt worden zu sein. Im folgenden soll dazu kurz Stellung genommen werden.

1. *Warum diese unangenehme Eile? Warum die Verlängerung?* Darauf gibt es eine weitgehend befriedigende Antwort. Die Volksabstimmung über das Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz 1978 trägt daran die Hauptschuld. Alle Vorbereitungsarbeiten für ein neues ETH-Gesetz gingen davon aus, die ETH gesetzlich im erwähnten HFG zu verankern, das heisst sie zum integrierenden Teil der schweizerischen Hochschulpolitik zu machen und sie also auch den für die kantonalen Hochschulen geltenden Grundsätzen zu unterwerfen. Der Souverän konnte aber vom Vorhaben nicht überzeugt werden, und nach dem negativen Volksentscheid stellten sich begreiflicherweise für die ETH-Gesetzgebung Probleme heikler Art, die nicht rechtzeitig spruchreif wurden. Schliesslich blieb gar nichts anderes übrig, als die Übergangsregelung zu verlängern, was auch deshalb tunlich schien, weil sie einige wirklich zukunftsweisende Bestimmungen enthält, die freilich wohl zu wenig genutzt worden sind.

Aus diesen Gründen hat sich denn auch in der Kommission unseres Rates keine Opposition gegen die Verlängerung an sich geregt. Es wird anerkannt, dass sich sowohl der Bundesrat wie auch das Parlament in einem Zugszwang befinden und dass die Verlängerung mit gutem Gewissen vertreten werden kann. Lieber verlängern, als unausgereifte neue Lösungen verankern.

2. *Zur Kritik der ETH-Reformkommission an der Schulleitung.* Man wirft der Leitung vor, autoritär vorzugehen, die nötigen Reformen nicht durchgeführt oder sie ohne die Reformkommission und die Hochschulstände einfach durchgesetzt zu haben. Nun ist zunächst einmal objektiv festzustellen, dass die ETH über eine starke Leitung verfügt. Sowohl der Präsident des Schulrates, Herr Maurice Cosanday, wie auch der Präsident der ETH Zürich – Herr Heinrich Ursprung – und der Präsident der ETH Lausanne – Herr Bernard Vittoz – sind starke Persönlichkeiten. Man wird der ETH als ganzer zugute halten müssen, dass sie nach modernen Gesichtspunkten gemanagt wird. Darum beneiden sie auch viele kantonale Hochschulen, die noch unter dem Amateurstatus ihrer Rektoren und unter dem ständigen Wechsel in der Führung leiden.

«Man wird der ETH zugute halten müssen, dass sie nach modernen Gesichtspunkten gemanagt wird.»

Die Stärke der Leitung hat natürlich auch ihre Schattenseiten. Die Organe der Professoren, Assistenten und Studenten, insbesondere der gesetzlich verankerten Reformkommission, fühlen sich häufig brüskiert und übergangen. So beklagen sie insbesondere, dass man die Reglemente aus dem Jahre 1924 nie angepasst habe und dass zwar dauernd, aber ohne genügende Mitsprache der Organe, reformiert werde. Noch tiefer wurzelt die Kritik von Professor Gerhard Huber, dem Präsidenten des Schweizerischen Wissenschaftsrates. Er spricht von einem institutionalen Widerstand gegen Reformen, von verhärteten Fronten und von Resignation und gar von einer qualitativen Notstandssituation. Wir stossen hier also auf eine Fülle von Problemen, die sich nicht ohne eingehende Prüfung genügend beurteilen lassen.

Die Kommission für Wissenschaft und Forschung hat daher beschlossen, im Frühjahr Vertreter der Studenten, Assistenten und Professoren zu Hearings einzuladen und die aufgeworfenen Kritiken eingehend zu studieren. Auf diese Weise wird sie – so ist dies mit dem Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission vereinbart worden – die materiellen Forderungen der erwähnten Petition zu erfüllen versuchen. Ob sich allenfalls auch die Geschäftsprüfungskommission zu besonderen Fragen äussern wird, kann erst später entschieden werden. Der Rat wird auf alle Fälle zu gegebener Zeit einen Bericht zu dieser Petition erhalten.

3. Über der Schulleitung steht das Gremium, das immer noch den schönen Namen *Schulrat* trägt. Ob der Schulrat ebenso stark ist wie die Schulleitung, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch diese Frage wird zu erörtern sein.

4. In den vergangenen Jahren hat die *Schulleitung* – und vermutlich gilt dies auch für den Schulrat – *ein sehr ausgeprägtes Autonomiegefühl zur Schau getragen.* Sowohl die Geschäftsprüfungskommission wie auch die Finanzkommission mussten sich in Positur stellen, um ihre Aufgaben gegenüber der ETH wahrnehmen zu können. Man bemerkt, dass sich die ETH auch schwer tut im Umgang mit den bildungspolitischen Organen und Ämtern. Da sie rechtlich dem Gesamtbundesrat untersteht und nicht dem Eidgenössischen Departement des Innern und da sie diese Stellung bewusst betont, läuft sie Gefahr, sich nicht immer im wünschenswerten Mass als Teil eines Ganzen, sondern als Staat im Staat zu empfinden. Das könnte ihr auf die Dauer schlecht bekommen, und man möchte ihr daher raten, aus der Autonomie keine Prestigeangelegenheit zu machen.

Das Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz hätte hier einige Klarheit geschaffen, aber es ist auch von ETH-Professoren mehr oder weniger offen bekämpft worden. Und dieser Teil der ETH-Professoren hat heute kaum das Recht, das Parlament um Hilfe zu rufen.

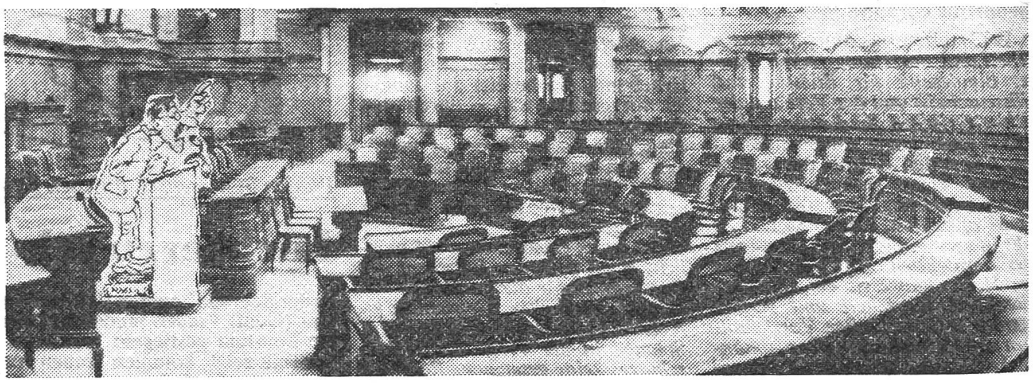
Die Kommission für Wissenschaft und Forschung hat Kenntnis genommen von den gesetzgeberischen Prioritäten, die sich Herr Bundesrat Hürlimann selbst gestellt hat. Dass vor dem Erlass eines neuen ETH-Gesetzes zuerst ein Forschungsgesetz zu schaffen ist, leuchtet ein. Die heutige Diskussion wird aber ohne Zweifel den Charakter des definitiven ETH-Gesetzes mitbeeinflussen. Deshalb soll klar festgehalten werden, dass das Parlament die Aufsicht über die ETH behalten will, und dass es ein allzu autokratisches Selbstverständnis der ETH nicht dulden wird.

Zur Kritik an der Botschaft wird sich vermutlich Herr Bundespräsident Hürlimann selbst äussern. Wir bitten Sie, der Verlängerung zuzustimmen.

«In den vergangenen Jahren hat die Schulleitung ein sehr ausgeprägtes Autonomiegefühl zur Schau getragen.»

Ich möchte zunächst allen Referenten der Kommission und auch allen Fraktionssprechern und Votanten sehr danken für die Behandlung der Vorlage. Ich empfinde ein Gefühl der Genugtuung über die Sachlichkeit der zum Teil durchaus berechtigten Forderungen, die man im Zusammenhang mit dieser Übergangsregelung hier vorgebracht hat. Ich möchte vor allem Herrn Professor und Nationalrat Künzi danken dafür, dass er auch Worte der Anerkennung für unsere Schulen gefunden hat, die ja weltweiten Ruf geniessen.

Gestatten Sie mir zunächst eine grundsätzliche Bemerkung. Ich schliesse mich an an das, was Herr Alfons Müller mit Recht gesagt hat: Wenn man über ein Gesetz oder über eine Übergangsregelung für die ETH spricht, muss man sich bewusst werden, dass hier eine besondere Art von Strukturen innerhalb der Verantwortlichkeiten besteht. Wir haben bei der ETH bzw. im Schulratsbereich (dazu gehören auch die Annexanstalten) drei unterschiedliche Bereiche der Verantwortung; der eine ist der Schulratsbereich, worüber Herr Nationalrat Weber-Arbon mit Recht gesprochen und aus seiner Erfahrung heraus durchaus zweckmässige Aspekte eingefügt hat. Ich durfte selber während Jahren Mitglied dieses Gremiums sein, und ich beurteile es als durchaus zweckmässige Organisation – um so mehr, als in diesem Schuljahr dank der Übergangsregelung, die wir jetzt verlängern, sämtliche Stände (also die Studenten, die Assistenten und die Professoren) ebenfalls Einsitz genommen haben. Der zweite Be-



VSETH-Präsident M. Werder ruft im Bundeshaus die Revolution aus

reich ist der sogenannte Bundesratsbereich: Im Gesetz steht fest, dass die Schulen (d. h. der Schulrat) direkt dem Bundesrat unterstehen. Das gibt gewisse Probleme im Zusammenhang mit dem Dienstweg, weil bekanntlich der Bundesrat als Kollegialbehörde so wenig mit dem Schulrat verkehrt, wie er mit der Generaldirektion der SBB oder der PTT direkt verkehrt. Dafür haben wir die zuständigen Departemente. Für den Schulratsbereich der ETH ist administrativ vor allem das Departement des Innern verantwortlich. Ich bin Herrn Müller dankbar, dass er das auch aus der Sicht der Gesetzgebung herausgearbeitet hat. Nur über die Anträge des Departementes kann der Bundesrat letztlich Beschluss fassen. Wir haben kürzlich – das wurde in der Diskussion ebenfalls erwähnt – sowohl in der Geschäftsprüfungskommission als auch in der Finanzkommission Ihres Rates, vor allem in den zuständigen Sektionen, über dieses nicht immer so einfache Zusammenspiel zwischen Schulratsbereich und Bundesrat diskutiert. Ich bin dem Parlament sehr dankbar, dass es hier diese verstärkte Kontrolle und diesen eindeutigen Dienstweg anerkennt.

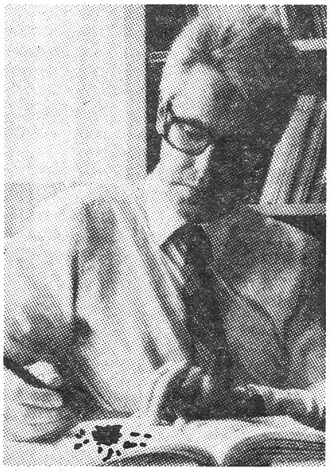
Ich habe damit den dritten Bereich, nämlich die eidgenössischen Räte, erwähnt und zum Ausdruck gebracht, dass Sie sich mit allen Problemen, die sich in der ETH und im Schulratsbereich stellen, auseinandersetzen, Fragen stellen und auch Wünsche anbringen können. Es ist aus den dargelegten Gründen nicht immer so einfach, diese Wünsche über das Departement anzubringen, das administrativ diesen Fürsprecher für die ETH vor den eidgenössischen Räten und vor dem Bundesrat wahrnehmen muss. Heute hat sich aber diese meines Erachtens klare und durchaus bewährte Regelung einmal mehr bestätigt.

Ein zweiter Aspekt nun zur Botschaft: Dem Schulrat habe ich schon am 30. Juni 1978 bekanntgemacht, dass nach der Ablehnung der Hochschulförderungsvorlage meines Erachtens nun die Planung innerhalb der Gesetzgebung auf dem bildungs- und schulpolitischen Bereich geändert werden müsse. Man kann also heute nicht erklären, man hätte keine Zeit gehabt, und man hätte nichts gewusst: Schon seit dem 30. Juni – ich habe es übrigens im Geschäftsbericht des Bundesrates noch ausdrücklich festgehalten – war der Schulrat und waren damit alle Stände informiert, dass wir unter den gegenwärtigen Umständen diese Planung umstellen müssen, und dass wir es deshalb als richtig erachten, dass diese Verlängerung im kommenden Jahr in Aussicht genommen wird. Ich bedaure – das gebe ich ohne weiteres zu –, dass vor allem der Schulrat die Gelegenheit nicht benützt hat, die Erfahrungen mit der Übergangsregelung in der Botschaft darzustellen. Ich konnte voraussehen – damals waren wir allerdings unter einem gewissen Zeitdruck –, dass der berühmt gewordene Satz, alles habe sich bestens bewährt, mindestens in der Kommission und auch hier im Rat zu einer gewissen Kritik Anlass geben musste. Zu sagen ist, dass in der Zwischenzeit einiges geschehen ist. Die Kommission hat davon Kenntnis genommen. Wir werden *Hearings* durchführen. Ihre Kommission für Wissenschaft und Forschung, unter dem Vorsitz von Herrn Bundi, hat bereits einen entsprechenden Termin festgelegt. Ich würde dann dafür sorgen, dass dabei aufgrund der Erfahrungen auch Mitglieder des Schulrates mitsprechen können. Wenn ich von Mitgliedern des Schulrates spreche, so sind dann alle Stände

Hürlimann: «Was wir Ihnen hier beantragen, ist politischer Realismus in Reinkultur.»

angesprochen. Ich darf immerhin darauf hinweisen, dass gerade im Bereich der sogenannten Mitsprache einiges aufzuweisen ist. Ich nehme beispielsweise die Leitungen an der ETH Zürich. Wir haben hier die Abteilungsräte eingeführt, die sämtliche Dozenten, den Mittelbau und die Studenten umfassen. Das wird optisch vielleicht nicht sehr deutlich. Aber was hier sich in den Abteilungsräten abspielt, ist natürlich eine sehr echte Art Mitsprache für alle Stände. Ich erwähne das Institutsreglement, das bereits erwähnt wurde; dann kennen wir an der ETH ein *zweistufiges Vernehmlassungsverfahren* für alle betroffenen Stände oder Einheiten, die sich zunächst zu Thesen und erst später zu ausformulierten Verordnungstexten äussern müssen. Weil vor allem darüber das letztemal Kritik geführt wurde, erwähne ich, dass heute jeder Student die Möglichkeit hat, in der Schlussdiplomprüfung ein Fach aus dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaft wählen zu können. Es ist also, wie das Herr Nationalrat Weber aus seiner Erfahrung festgestellt hat, nicht nichts geschehen. Es sollte richtigerweise sowohl im Schulrat als vor allem auch dann in den Kommissionen der eidgenössischen Räte von dieser Bilanz, von diesen Reformen und Leistungen gemessen wird – auch wenn sie noch verbesserungsfähig sind –, Kenntnis genommen werden.

Darf ich noch einen dritten und letzten Aspekt anführen? Wie sieht eigentlich unsere Planung in diesem Bereiche aus? Nach der Ablehnung des Hochschulförderungsgesetzes haben Sie im Zusammenhang mit den Forschungskrediten, die Sie für den Nationalfonds bewilligt haben, sehr deutlich und nach meiner Überzeugung sehr zu Recht das Postulat nach einem neuen Forschungsgesetz erhoben. Wir sind jetzt daran, das durchzuführen. Denn dass eine gewisse Koordination auch im Forschungsbereich, beispielsweise auch im ETH-Bereich, notwendig ist – denken Sie an die Annexanstalten –, scheint mir unbestritten zu sein: Wir werden weiter, je nachdem, wie sich die ganze Problematik der Schulkoordination entwickelt, früher oder später allenfalls zu einem neuen Bildungsartikel greifen müssen, je nachdem, wie die Schulkoordination weitergeht. Sie wissen, dass eine Kommission Ihres Rates hier am Werk ist. Dann werden wir Ihnen schon relativ bald wieder eine zusätzliche Botschaft für die Subventionen an die kantonalen Hochschulen unterbreiten müssen. Nun wissen Sie, was in diesem Land und in diesem Rat, im Bundesrat und auf den Departementen noch ansteht. Hier hat aus meiner Sicht das ETH-Gesetz, von dem hier gesprochen wurde – ich bin Herrn Bremi und andern Herren für ihre Bemerkungen dafür dankbar –, nicht erste Priorität, und zwar weil diese Übergangsregelung, die weitgehend den Charakter eines sogenannten Rahmengesetzes erfüllt, tatsächlich Möglichkeiten enthält, die man vielleicht zu wenig genutzt, die man aber in Zukunft nutzen sollte. Herr Müller-Aargau hat mit Recht ausgeführt: In dieser Übergangsregelung liegt eine Chance. Ich bin der Meinung, man sollte diese für die nächste Zeit noch besser nutzen, denn letztlich entscheidet hier nicht ein Gesetz, das ohnehin – wie ich feststelle – zum Teil völlig unterschiedliche Vorstellungen beherrscht, was den Entwurf betrifft, und letztlich entscheiden nicht diese Paragraphen, sondern die Leute, die hier an der Arbeit sind, die miteinander sprechen müssen und die ein ganz konkretes Ziel in bezug auf Lehre und Forschung zu realisieren haben. Hiefür würde an und für sich diese Übergangsregelung, wie das nun mehrfach von allen Referenten betont wurde, durchaus Möglichkeiten bieten.



ETH-Präsident H. Ursprung: Tolgge im Reinheft.

Dies zu überlegen und auszudiskutieren, ist Sache der beiden Kommissionen für Wissenschaft und Forschung, die vielleicht dann auch entsprechende Schlüsse ziehen werden. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass wir inskünftig in jedem Geschäftsbericht des Bundesrates auch über die Ergebnisse dieser Tätigkeit aufgrund dieser Übergangsregelung Bericht erstatten, damit Sie jährlich eigentlich davon Kenntnis nehmen könnten, was gemacht und was allenfalls verpasst worden ist.

Ich möchte Ihnen nochmals danken. Mir, Herr Herczog, ist es auch ähnlich ergangen wie Ihnen: Ich habe die Euphorie im Bildungswesen schon längst überwunden. Ich bin zu einem sehr politischen Realisten geworden in bezug auf die Bildungspolitik in unserer Referendumsdemokratie. Was wir Ihnen hier beantragen, ist politischer Realismus in Reinkultur. Ich bitte Sie daher, auf die Vorlage einzutreten.

Reaktionen

In der Presse herrschte nach der Debatte im Nationalrat eine gewisse Ratlosigkeit. Trotz der zum Teil massiven Kritik an den verantwortlichen Schulbehörden wurde die Übergangsregelung mit 127:0 Stimmen angenommen. Zu diesem scheinbaren Widerspruch ist folgendes zu bemerken:

Die Übergangsregelung ist ein Rahmengesetz. Sie enthält deshalb fast keine Bestimmungen über die Hochschulorganisation und -struktur. Diese finden sich im alten Gesetz (1854), in dem vom Bundesrat verordneten ETHZ-Reglement (1924) und in einzelnen Schulratsbeschlüssen oder Verfügungen des ETHZ-Präsidenten. Alle Kritiken beziehen sich nicht auf die Übergangsregelung selber, sondern auf die Anwendung bzw. Nichtanwendung in diesen nachgeordneten Organisationsreglementen. Die einzig zutreffende Kritik an der ÜR ist die der mangelnden Klarheit. Diese hat erlaubt, die Übergangsregelung immer restriktiver auszulegen, so dass Mitsprache heute nur noch Ventilfunktion hat, aber den Betroffenen wenig einbringt.

Wie geht es weiter?

Die Kommission für Wissenschaft und Forschung des Nationalrats wird sich Ende Februar mit den Struktur- und Reformproblemen an der ETH Zürich anlässlich eines Hearings befassen. Dannzumal sollen auch die Assistenten und Studenten direkt zu Wort kommen.

Bereits hat übrigens die gleichnamige Kommission des Ständerats die Verlängerung der Übergangsregelung beraten. Wie der «NZZ» vom 16. Januar 1980 zu entnehmen ist, hat sie die ÜR ebenfalls einstimmig gutgeheissen. *«Breiter Raum wurde an der Sitzung der Diskussion struktureller Probleme gewidmet, die sich bei der Anwendung der Vorlage ergeben.»* Die Ständeräte haben offenbar auch gemerkt, worum es bei den Kritiken geht.

Das Thema Übergangsregelung und ETH-Strukturen wird uns, das ist jetzt schon absehbar, noch einige Zeit beschäftigen.

VSETH-Vorstand

zürcher student ZS

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und des Verbandes Studierender an der Universität. Erscheint wöchentlich während des Semesters.

Auflage 17000.

Redaktion und Administration: Leonhardstr. 19, CH-8001 Zürich, Schweiz, Telefon (01) 69 23 88, PC-Konto 80-35598.

Redaktion: Gabriela Battaglia, Thomy Erhardt, Jürg Fischer, Martin Mani, Rolf Schelling.

Die im «zürcher student» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Inseratenverwaltung «zürcher student», Leonhardstr. 19, CH-8001 Zürich, Telefon ☎ (01) 69 23 88, PC-Konto 80-26209.

1-sp-mm-Zeile 1.13 Fr. (übliche Rabatte).

Druck: «Tages-Anzeiger».

Redaktionsschluss Nr. 26: 22. 1. 80
Inseratenschluss Nr. 26: 21. 1. 80
jeweils mittags

Davos-Hit

230.–

Daten: 2.3. - 8.3.
9.3. - 15.3.
16.3. - 22.3.

5 Tage Skiabonnement für die Region Brämabühl-Jakobshornbahn. 6 Tage Unterkunft mit Halbpension im Touristenlager TERMINUS in Schlafräumen mit 2er und 4er Kojen.
In einigen Sekunden bist du am Bahnhof Davos-Platz, in 5 Minuten bei der Jakobshornbahn. Worauf wartest du noch?

SSR-Reisen

NEU: SSR-REISEN jetzt auch an der Bäckerstrasse 40 (2 Min. von Tramhaltestelle Stauffacher)

Telefonverkauf: 01/242 31 31
Leonhardstrasse 10

anders als anders
Reisen für junge Leute.

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30 /
Sa 10.00–13.00

Fotokopien				
	– Normal	20 Rp.	–Verkleinerung	30 Rp.
	– mit Legi	15 Rp.	– mit Legi	25 Rp.

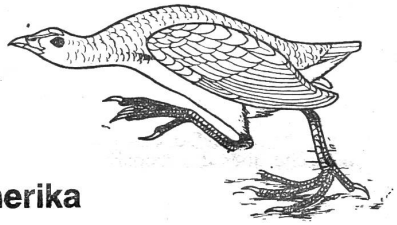
Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
30 Ex.	4.50	9.–
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.–	28.–
300 Ex.	21.–	38.–
350 Ex.	23.–	42.–
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.–	52.–
1000 Ex.	40.–	73.–

Reinschriften / Dissertationsdruck

BÜCHER-BAZAR

wow!



Büecher us Amerika

Kunst Graphik Photographie

Bücherladen 73 AG
Neuantiquariat
Mühlegasse 13
Postfach
8025 Zürich
Tel. 01/34 08 84

A Stepping-Stone In Your Career-Planning!

INSEAD– The European Institute of Business Administration, Fontainebleau/France

Introduces:

– Europe's Leading Business School

open to university graduates, willing to acquire an outstanding education in the fields of:

- Marketing
- Finance
- Planning and Control
- Management Science
- Business Policy
- Organizational Behaviours

- Its Successful Teaching-Methods
- The Advantages of a Postgraduate MBA-Degree

Anybody interested should attend the following **Meeting:**
Place: ETH Zürich, Hauptgebäude, Rämistrasse, Auditorium D–7.I
Time: February 7, 1980, 18.30–19.30 p. m.

Insead
Admission Office

Vorbereitungskurse für das Vordiplom

Während der Semesterferien organisieren die Fachvereine Vordiplom-Vorbereitungskurse mit Beginn am 2. Februar. Assistenten und Studenten aus höheren Semestern werden euch behilflich sein, die Prüfungsvorbereitung speditiv und sinnvoll zu gestalten.

Es wird 2- und 3wöchige Kurse geben (2mal 3 Stunden pro Woche). Um die Tutoren mit 20 Fr. pro Stunde entschädigen zu können, wird von den Kursteilnehmern ein Beitrag verlangt. Für die 2wöchigen etwa 30 Fr., für die 3wöchigen etwa 45 Fr. Die mit * bezeichneten Kurse werden wahrscheinlich mehr Stunden haben; der Beitrag wäre in diesen Fällen 60 Fr.

Folgende Kurse werden angeboten (sofern sich genügend anmelden)	Dauer	Anmeldung an:
Abteilung I:		Architektura, Fachverein der Architekturstudenten, ETH Hönggerberg, 8093 Zürich, HIL D26.4, ETH-Tel. HO-2761
Tragkonstruktionen I+II	3	
Tragkonstruktionen III+IV	3	
Mathematik I–IV	*3	
Abteilung II:		AIV, Akademischer Ingenieurverein (Fachverein für Bauingenieurstudenten) ETH Hönggerberg, 8093 Zürich, HIL D26.1, ETH-Tel. HO-2779
Mechanik I+II	3	
Analysis I+II	*3	
Baustatik I+II	3	
Mechanik III	2	
Abteilung III A:		AMIV, Akademischer Maschinen- und Elektro-Ingenieur-Verein ETH Zentrum, 8092 Zürich, UNG, ETH-Tel. 4245 Öffnungszeiten Sekretariat: täglich 12.30–13.30 Uhr
Mechanik I+II	3	
Physik I+II	3	
Volkswirtschaftslehre	2	
Analysis I+II	*3	
Abteilung III B:		
Mechanik I+II	3	
Physik I+II	3	
Technische El.-Lehre	3	
Analysis I+II	*3	
Abteilung IV:		VCS, Vereinigung der Chemiestudenten ETH Zentrum, 8092 Zürich, UNG, ETH-Tel. 4248
Allg. Chemie I+II, Krist.	3	
Analysis I+II	3	
Physik I+II	3	
Physik. Chemie I+II	3	
Abteilung V:		APV, Akademischer Pharmazeutenverein ETH Zentrum, 8092 Zürich, LEB C5, ETH-Tel. 4298
Organische Chemie	3	
Anorg. Chemie	3	
Abteilung VI:		AFV, Akademischer Forstverein ETH Zentrum, 8092 Zürich, UNG, ETH-Tel. 4248
Analysis	2	
Chemie	3	
Geologie	2	
Physik	3	
Abteilung VII:		VIAETH, Verein der Ingenieur-Agronomen ETH Zentrum, 8092 Zürich, LFW A52, ETH-Tel. 4285
Chemie	3	
Zoologie	2	
Tierzucht I+II	2	
Abteilung VIII:		AKIV, Akademischer Kulturingenieurverein ETH Hönggerberg, 8093 Zürich, HIL D26.6, ETH-Tel. HO-2784
Mechanik I+II	3	
Hydraulik	2	
Baustatik	2	
Physik I+II	3	
Abteilung IX:		VMP, Verein der Mathematiker und Physiker ETH Zentrum, 8092 Zürich, UNG, ETH-Tel. 4248 ETH Hönggerberg, 8093 Zürich, ETH-Tel. HO-2644
Analysis I+II	**3	
Lineare Algebra I+II	3	
Topologie	2	
Mechanik	2	
Physik I–III	3	
Abteilung X:		NV, Naturwissenschaftlicher Verein ETH Zentrum, 8092 Zürich, UNG, ETH-Tel. 4248
Anorg. Chemie	3	
Organ. Chemie	3	
Physik I+II	3	
Analysis I+II	3	

Anmeldeformular an den FV, Adresse siehe oben

Anmeldeschluss: 1. Februar 1980

Name: Vorname:

Adresse:

Tel.:

Sem: Abt: Fachrichtung: VD:

Ich melde mich für folgende Kurse an:

1) 2)

3) 4)

5)

als Tutor, als Student Zutreffendes unterstreichen

Es können auch Kurse genannt werden, die nicht aufgeführt sind, bei genügend Anmeldungen werden auch diese durchgeführt.

Zürich, den Unterschrift

Datenschutz mal anders

Fortsetzung von Seite 1

keine Anfrage des Bundes vor, und kein ihm unterstelltes Amt wagt es, gegen den Willen des Departementschefs etwas zu unternehmen (mit Ausnahme des Geheimdienstes).

Der Schluss liegt nahe: Das Resultat der Studie war vorauszusehen. Die Chancengleichheit ist in und schon gar unter den Kantonen weniger denn je gewährleistet (vgl. den Artikel über den 142er). Der Bund würde auf seinem finanziellen Ausgleich behaftet, was seinen Absichten zuwiderläuft. Er ist deshalb bemüht, den Kantonen den Schwarzen Peter zuzuschieben. Die Studie aber hätte den Kantonen den Rückgriff auf die Bundesfinanzen als Notwendigkeit drastisch vor Augen gehalten. Vor solchen Daten lässt sich Bundesrat Hürlimann nur allzu gerne schützen. *Rolf Schelling*

Lorbeeren . . .

Fortsetzung von Seite 1

eingestellt (. . . oder entlassen!) werden mit dem Argument, dass sie dann doch heiraten bzw. Kinder bekommen werden. (Wie lange geht es noch, bis wir unserem Bewerbungsschreiben den Sterilisationsnachweis bzw. das Heiratsunfähigkeitszeugnis beifügen müssen?)

Selten Verantwortung

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine leider immer noch nötige Forderung, sie beinhaltet jedoch in keiner Weise die Gleichberechtigung von Frauen, da sie verantwortungsvolle und interessante Stellen doch nur selten erhalten. In bezug auf wissenschaftliche Berufe ist schon die Forderung gestellt worden, dass bei gleicher Qualifikation die Bewerberin angestellt werden soll, solange, bis ein Gleichgewicht Mann/Frau erreicht ist.

Die Gruppe Frauen, die aus familiären Gründen auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, ist relativ klein, denn es zeigt sich, dass die meisten (rund 85%) aller Hochschulabsolventinnen einer Beschäftigung nachgehen oder doch zumindest bereit sind, ihr Wissen in die Praxis umzusetzen.

Bei der Unterscheidung in feste und befristete Anstellungen ergibt sich, dass Frauen zu 44,7% befristete Anstellungen haben gegenüber 36,8% bei den Männern. Daraus lässt sich schliessen, dass die Beschäftigungssituation für Frauen nicht nur quantitativ, sondern auch in bezug auf die arbeitsrechtliche Stellung ungünstiger ist als für Männer.

Für Studentinnen bringt die Heirat eine Mehrbelastung, was sich auch darin zeigt, dass Studenten im Durchschnitt früher heiraten als ihre Kolleginnen. Dass die Studentin nebst ihrem Studium noch den gesamten Haushalt zu führen hat und von ihr verlangt wird, dass sie ihrem Mann behilflich sei, nicht nur im Erledigen der alltäglichen Arbeiten, sondern auch, indem sie sich mit seinen (Studien-)Problemen auseinandersetzt, ihm zuhört, Verständnis hat, lässt sich eindeutig von der gesellschaftlichen Haltung her erklären, dass das Studium des Mannes als viel wichtiger und förderungswerter angesehen wird.

Nicht verwundern kann so, dass Frauen aus gesellschaftlichen Gründen weniger Zeit ins Studium investieren können oder es gar abbrechen müssen.

Im Zusammenhang mit dieser Problematik möchten wir noch auf Literatur hinweisen:

Akademische Berufsberatung: *«Die Beschäftigungssituation von Hochschulabsolventen 1976»*, Erich Heimgartner

«Frauen an der Hochschule», Artikel in «Uni» Nr. 6, Nov. 79

«Arbeitsberichte, Studienverlauf an Schweizer Hochschulen», Ries und Kriesi, hg. Hochschule Aargau für Bildungswissenschaft

«Frauenstudium. Zur alternativen Wissenschaftsaneignung von Frauen», aus der Reihe «Blickpunkt Hochschuldidaktik», Band Nr. 54, hg Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel, Hochschuldidaktisches Zentrum Dortmund, Rheinlanddamm 199, 4600 Dortmund 1

«Wenn Frauen Karriere machen», Bock-Rosenthal, Haase, Streeck, Campus-Verlag, Frankfurt

«70 Jahre Frauenstudium», Kristine von Soden, Gaby Zipfel, Pahl-Rugenstein-Verlag.

Podiumsgespräch «Frauen in wissenschaftlichen Berufen»

Dienstag, 29. Januar, 20 Uhr im Polyfoyer

Dozentinnen, selbständige Akademikerinnen, Assistentinnen, wissenschaftliche Mitarbeiterinnnen aus verschiedenen Fachrichtungen nehmen zu folgendem Fragenkomplex Stellung: Wie erlebt(e) die Studentin ihre Hochschulbildung, und was kann sie nach Abschluss damit anfangen? Unter welchen Bedingungen tritt sie eine Stelle an? Wie kommt es, dass von so vielen Frauen mit Hochschulabschluss nur so wenige eine Stelle in leitender Position bekleiden?

Wir hoffen, mit diesem Gespräch aufzeigen zu können, wie Frauen benachteiligt sind, und wollen andeuten, was dagegen zu tun wäre. Nach dem Motto «Vorbeugen ist besser als heulen» fordern wir alle Mitstudentinnen auf, zu kommen.

Mit:
Erika Sundin, Pfarrerin
Susanne Leuzinger, Juristin
Bigna Rambert, Ärztin
Anne-Dorothee Friedrich, Physikerin
Nora Vescht, Architektin
Menga Caflisch, Elektroingenieurin

Frauenkommission VSU(VSETH

Inserat

BERNIE'S HAT IHRE KRAGENWEITE.

BERNIE'S

5x in Zürich und im Glattzentrum

Mit Legi 10% Rabatt

DACTYLO-
BUREAU-
SERVICE

Wir schreiben
- vervielfältigen
- binden
Ihre technischen
und wissenschaft-
lichen Arbeiten

F. und U. Hiss
Frobenstr. 42, Basel
061 23 11 55

LEGI-RABATT

Keine Angst vor tiefen Preisen!

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG COPY-CENTER
Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54

KVZ Das interessante Stellenangebot

Der Kaufmännische Verband ist mit über 17 000 Mitgliedern die grösste Angestellten-Organisation im Raume Zürich. Im Zuge des Ausbaus unserer berufspolitischen Abteilung, die sich vorwiegend mit juristischen und sozialen Problemen der kaufmännischen Angestellten befasst, haben wir nach Vereinbarung *zwei interessante Positionen zu besetzen.*

1. Abteilungsleiter(in)

- Bearbeitung aller rechtlichen und administrativen Fragen im Zusammenhang mit Gesamtarbeitsverträgen, Vereinbarungen mit Arbeitgeber-Organisationen.
- Kontrolle der oben erwähnten Abmachungen
- Vorbereitung neuer GAV und Vereinbarungen
- Mitarbeit in paritätischen Kommissionen
- Kontakte im Dachverband im Fachbereich und zu Arbeitgeberverbänden und Grossfirmen
- Betreuung von berufspolitischen Gruppen innerhalb des KVZ
- Kontakte mit Behörden, Parlamentariern, Expertenkommissionen
- Vorschläge für berufspolitische Aktionen
- Organisationen von Aus- und Weiterbildungskursen etc.

Anforderungen
Mindestens HWV- oder gleichwertiger Abschluss. Interesse für juristische und berufspolitische Probleme, Gewandtheit im schriftlichen und mündlichen Ausdruck, Verhandlungsgeschick, Einsatzbereitschaft, Initiative, Integrität. Fähigkeit, ein kleines Team zu leiten. Idealalter ca. 30–35 Jahre. Wohnsitz Zürich oder Agglomeration.

2. Sachbearbeiter(in)

- Rechtsauskünfte für Mitglieder, Nichtmitglieder und Firmen
- Redaktion von Informationen über Rechtsfragen
- Führen einer Dokumentation über Arbeits-, Miet- und Sozialrecht
- Dokumentation über GAV und Vereinbarungen, soziale, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Themen etc.

Anforderungen
Mindestens abgeschlossene KV-Lehre oder gleichwertiger Abschluss. Einige Praxisjahre.

Interesse für juristische und berufspolitische Probleme, Gewandtheit im schriftlichen und mündlichen Ausdruck, Verhandlungsgeschick, Initiative, freundliches, offenes Wesen. Idealalter 24–29 Jahre. Wohnsitz Zürich oder Agglomeration.

Wir bieten für beide Positionen:

Gründliche Einarbeitung. Abwechslungsreiche, weitgehend selbständige Tätigkeit. Angenehmes Arbeitsklima. Sehr gute Anstellungsbedingungen. Individuelle Arbeitszeit. Dauerstellen. Interessante Entwicklungsmöglichkeiten. Günstige Gelegenheit zum Besuch unserer Weiterbildungskurse.

Ausführliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen, Handschriftprobe und Fotos sind erbeten an den *Personalchef des Kaufmännischen Verbandes Zürich, Postfach 2635, 8023 Zürich.*

EHG
HIRSCHENGRABEN 7
8001 ZÜRICH
TELEFON 01-32 87 55

MITTWOCH, 23. JANUAR
19.30 Uhr
Uni-Hörsaal 101

KRITISCH BLEIBEN IM BERUF?

Hans A. Pestalozzi
Res Strehle
Felix Ritter
Ruedi Albonico

suchen im Gespräch mit dem Publikum Antworten auf die Frage, welche Möglichkeiten es gibt zwischen AUSSTEIGEN und ANPASSEN.

gemeinsam veranstaltet mit der AGU, Arbeitsgemeinschaft Umwelt, Zürich.

Der 142er vom Kantonsrat genehmigt:

Finanzen nicht Bildung . . .

stünden hier zur Diskussion, meinte ein bürgerlicher Fraktionssprecher während der Debatte im Kantonsrat und traf damit den aktuellen Stand der Bildungs-«diskussion» genau auf den Kopf. Es geht nicht mehr um Inhalte, sondern nur darum, wie die je länger, je offenkundiger zu Tage tretende Konzeptionslosigkeit im Bildungswesen weiter finanziert werden kann. Hier – und nur hier – ist man einen Schritt weitergekommen: Die Nicht-Hochschulkantone werden aufgefordert, für die Jahre 1981/82 pro Student(in) 3000 Fr., für 1983/84 4000 Fr. und für 1985 5000 Fr. als Benützungsgebühren zu bezahlen.

Es soll *«zs»* -Leser geben, welche Artikel, die sich mit der im Paragraphendschungel versoffenen Bildungspolitik beschäftigen, sogar lesen. Diese paar Eingeweihten (für die anderen steht nebenan ein Kasten) können sich erinnern, dass der *Antrag zum Gesetz über die Änderung des Gesetzes betreffend das gesamte Unterrichtswesen* ursprünglich aus zwei Paragraphen bestand. Der *141bis* wollte den NC auf gesetzlicher Ebene verankern, der *142er* die Beiträge der Nichthochschulkantone zu den Uni-Aufwendungen regeln. Die Vorbereitende Kommission hat durchgedrückt, dass der NC-Paragraph gestrichen wurde. Blieb also der 142er, der am letzten Montag den Kantonsrat passierte.

Alles gebongt? Kaum!

Er kommt, er kommt nicht, er kommt, er kommt nicht, er . . .

Wer wohl? Der NC. Es ist schon eine verzwickte Sache. Zuerst wollte Gilgen den NC auf Gesetzesebene bereits für das WS 1979/80 bereitstellen (was nicht unbedingt heisst, dass er dann auch eingeführt worden wäre). Weil sich die Kapazitätsengpässe bei den Medizinern grad noch einmal vermeiden liessen und die kantonsrätliche Kommission sich ausführlicher als erwartet mit der Vorlage beschäftigte, fiel der NC für den letzten Herbst flach. Die NC-Angst ist in der Zwischenzeit nicht grösser geworden, und für ein Gesetz auf Anfang 1980/81 ist der Zug auch schon abgefahren. Also aus mit dem NC?

Eben nicht

Allerdings: Gilgen betonte ausdrücklich, dass die Gefahr eines NC noch nicht gebannt sei und der Regierungsrat, sollte sich dessen Notwendigkeit (man mache sich seine Gedanken, wie die Notwendigkeit festgestellt wird . . .) zeigen, wieder auf die Vorlage, wie sie jetzt fallengelassen wurde, zurückkommen müsse. Das Ungemütliche an der Sache ist, dass die Gefahr einer Einführung des NC auch ohne gesetzliche Grundlage noch nicht weg vom Fenster ist. Denn die Gelehrten streiten sich noch darüber, ob eine gesetzliche Abstützung des NC überhaupt noch notwendig ist. Man bewege sich hier in einer juristischen Grauzone, wird erklärt.

Somit ein kleiner Tip an begabte Jus-Studenten: Es sollte schon prophylaktisch abgeklärt werden, inwiefern ein NC rechtswidrig ist, damit wir gleich beim Bundesgericht einfahren können, wenn Gilgen doch noch zuschlägt. Abgesehen davon, kann hier nur kurz dar-

Verband Studierender an der Universität

an erinnert werden, dass der NC – inhaltlich gesehen – die blödsinnigste aller Möglichkeiten ist, die Bildungsprobleme lösen zu wollen. Er ist lediglich die letzte Sumpfblüte einer strukturell verfehlten Bildungspolitik. Die in Deutschland publizierten Berichte, Analysen usw. zum NC, wenn er einmal da ist, füllen ganze Regale. Die Ablehnung dieser Massnahme ist total.

Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld . . .

Der nun vom Kantonsrat gebilligte Artikel 142 des Unterrichtsgesetzes soll dem Kanton Zürich Geld bringen. Wie die Kommissionspräsidentin ausführte, rechnet man für die Jahre 1981/82 mit 16 Mio. Franken, für 84/85 mit 22 Mio und für 1986 mit 27 bis 28 Mio. Gut so. Der Haken an der Sache ist, was passiert, wenn ein Nichthochschulkanton der Vereinbarung nicht beitritt. Dann werden nämlich die Kosten (3000 Fr. pro Jahr und Student in den Jahren 81/82, 5000.- im Jahr 85) auf den einzelnen Studenten abgewälzt. Notabene zusätzlich zu den Semesterbeiträgen und den nicht eben billigen Lebenskosten in Zürich (man denke an die billigen Wohnungen!). Ein Studienjahr in Zürich käme somit die Eltern oder den Studenten (der Studentin) auf ohne weiteres 15 Mille zu stehen. Nichts für Minderbemittelte!

Übrigens gab es auch einen Nichteintretensantrag auf die Vorlage, vorgebracht vom POCH-Vertreter Bautz. In seiner Begründung wies er darauf hin, dass die Vorlage ein erpresserisches Manöver sei, das auf dem Rücken der Minderbemittelten ausgetragen werde, dass es sich um einen Finanz-NC handle. Als er auch noch davon sprach, dass es auch in der Schweiz ein wirtschaftliches Gefälle gebe zwischen Stadt und Land, war der Kessel geflickt: Er musste sich Zwischenrufe wie *«ufhööre»* usw. und auch *«Blödsinn»* gefallen lassen. Wobei es weniger um die Argumente von Bautz geht, als um die Art, wie ein Parlamentarier, der versucht, sich ein paar weiterführende Gedanken zu erlauben, mehr oder weniger ausgebuht wurde. Dafür durfte dann ein FDP-Vertreter unter allgemeinem beistimmendem Gemurmel die alte Sage von dem, der aus nichts alles gemacht hat, erzählen. Der Held der Geschichte war – wen wundert's – natürlich er selbst.

Mit 133:3 Stimmen wurde Eintreten beschlossen. Damit zurück zum genehmigten Artikel 142. Da gibt's nämlich einen Passus (Abs. 65) der *«in besonderen Fällen»* einen teilweisen oder ganzen Erlass der zusätzlichen Gebühren vorsieht. Gilgen wurde in der Debatte aufgefordert, die Auslegung dieses Passus' zu präzisieren. Unser aller Erziehungsdirektor liess sich aber nicht auf die Äste hinaus. Er sprach von *«sozialen Härtefällen, Notfällen»!* Der auf einsamer Flur sich verzweifelt wehrende POCH-Vertreter Bautz verlangte darauf eine Präzisierung des Abschnitts 5, in dem der Erlass der zusätzlichen Gebühren ausdrücklich gewährleistet sei, sofern das Studium aus finanziellen Gründen gefährdet sei. Der Rat zeigte ungebrochenes Vertrauen in seine Regierung und liess den Antrag mit 119:4 Stimmen links liegen. Vielleicht gibt es dann ein paar ganz Arme, aber Glückliche, denen die Gebühren erlassen werden. Und die fast Armen müssen neben dem Studium Geld verdienen auf Teufel komm raus – und dies mit der Studienzeitbeschränkung als Sklaventreiber.

Jetzt muss nur der NC doch noch kommen, und der Mist ist komplett. *Martin Mani*

WG-Frass

Chinese touch

Wer schon einmal in London oder Umgebung geweilt hat, weiss, dass die einzige Art, sich anständig zu ernähren, die chinesische ist. Schade, dass bei uns die chinesischen Restaurants so teuer sind. Abhilfe schafft da, wenn man selbst hin und wieder chinesisch kocht, zum Beispiel das folgende (ich weiss nicht, wie das Ding heisst): Aus Gemischt-Gehacktem formt man kleine Fleischkügelchen, brät diese in einem grossen Topf an. Sukzessive gibt man verschiedene Gemüse dazu, in Würfel geschnitten: vor allem Kabis, aber auch nach Belieben zum Beispiel Peperoni und Zucchetti.

Die Gemüse sollen nicht länger als höchstens 15 – 20 Minuten gekocht werden, so dass man noch etwas zum Beissen hat (das ist gerade das Chinesische daran). Wenn es soweit ist, giesst man die inzwischen zubereitete Sauce darüber, und die geht so: Mit Maizena wird etwas Bratensauce gebunden, dann mischt man nach Geschmack einen Schuss Sojasauce, etwas Weinessig und braunen Zucker dazu. Dies ergibt den fabulösen süss-sauren Geschmack. Schon sind wir am Ende und können das Ganze auf den Tisch knallen. Dazu Trokkenreis

Meinungsäusserung zur Pflicht

«Meinungsäusserung sollte nicht nur als Recht, sondern in einem demokratischen System sogar als Pflicht angesehen werden.» Diese guten Worte, sinngemäss zitiert, erstaunen im Kontext einer Fernsehsendung. Sie bildeten den Schluss des «CH:-Magazins» vom letzten Dienstag mit den Thema «Kommunisten tolerieren», über politische Grauzone.

Schon lange nicht mehr habe ich die Röhre angedreht und mich weder über Form noch Inhalt des Dargebotenen ärgern müssen. Dies ist schon viel, wenn man bedenkt, dass ich mich vom Objekt der Sendung, eben Grauzone, mitbetroffen fühle. Dass sie Betroffenheit auch bei den bisher Verschonten auslöse, kann man nur wünschen, denn sie hat wieder einmal klipp und klar gezeigt:

In Zürich (auch an anderen Orten der deutschen Schweiz) wird aufgrund der Parteizugehörigkeit entschieden, ob ein Bewerber eine Staatsstelle bekommt. Ist man Mitglied der PdA (das heisst gleichzeitig: auch anderer Linksorganisationen links der SP), bekommt man die Stelle nicht, und sei es als Kinderhortner(in). Wenige Fälle sind effektiv bekannt, die Dunkelziffer ist erheblich. Man wird, obwohl man irgendwie noch legal ist, in eine Grauzone eingenebelt, in der nicht klar sein soll, ob man sich verfassungstreuer oder -widriger Mittel bedient.

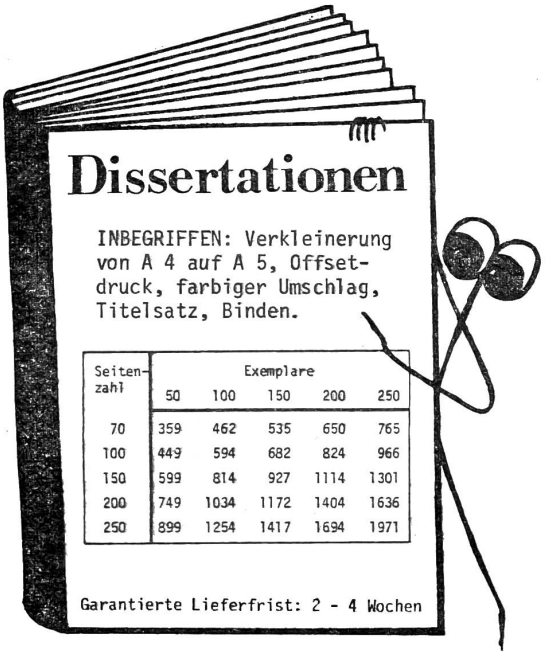
Ganz anders sieht es in Genf aus. Hier herrscht ein Klima der Toleranz. Kommunisten und sonstige Systemkritiker dürfen sich offen zu Wort melden, ohne die Befürchtung, deshalb eine Stelle nicht zu bekommen. Viele PdA-Mitglieder sind hier anerkannte Staatsdiener. Hier und dort: welch verschiedene Staatsräson, hélas! Dort: der klare Weitblick eines CVP-Staatsratspräsidenten Fontanet: «In der Polizei haben wir natürlich keine Kommunisten angestellt, weil die Polizei den kapitalistischen Staat schützt.» Aber sonst ist man sich der Notwendigkeit der Kooperation mit Andersdenkenden voll bewusst, ohne welches eine Demokratie schliesslich zugrunde geht.

Hier: Gilgen, mit schneidiger Stimme wie eh und je, mit keinem Argument als dem seiner plumpen Macht wie eh und je. In der Sendung war er nicht in der Lage, auch nur auf eine einzige Frage korrekt einzugehen. Wo Beweise fehlen, bedient man sich der Augenwischerei: Eine Partei links der SP setzt nach Gilgen notwendigerweise rechtswidrige Mittel ein.

Diese Haltung entblösst sich selbst als Farce für eine demokratische Gesinnung, wenn man sieht, wie das Grauzonendekret, dieser traurigste Wisch, den die Zürcher Regierung seit langem produzierte, fast wörtlich von den Berner und Basler Gralshütern der Rechtsstaatlichkeit kopiert wurde.

Dies aufzuzeigen ist das eine Verdienst des «CH»-Beitrags, das andere sind die Auswirkungen auf die Betroffenen; Menschen wurden gezeigt, die eben sozialistisch denken, aber keine Kindlifresser sind, Leute, die sich vor der Kamera im Gegenlicht und mit verfremdeter Stimme präsentieren mussten, aus Angst, erkannt zu werden und dadurch Schwierigkeiten am Arbeitsplatz (jetzt oder später) zu bekommen. Die Einschüchterung funktioniert also schon jetzt perfekt; weil immer weniger Leute sich so zur kritischen Äusserung bereitfinden, kann man die Grauzone bald einmal abriegeln; wobei die Grenze diesseits gesteckt wird. Jürg Fischer

Keine Angst vor tiefen Preisen!



Dissertationen

INBEGRIFFEN: Verkleinerung von A 4 auf A 5, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden.

Seitenzahl	Exemplare 50	100	150	200	250
70	359	462	535	650	765
100	449	594	682	824	966
150	599	814	927	1114	1301
200	749	1034	1172	1404	1636
250	899	1254	1417	1694	1971

Garantierte Lieferfrist: 2 - 4 Wochen

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG COPY-CENTER

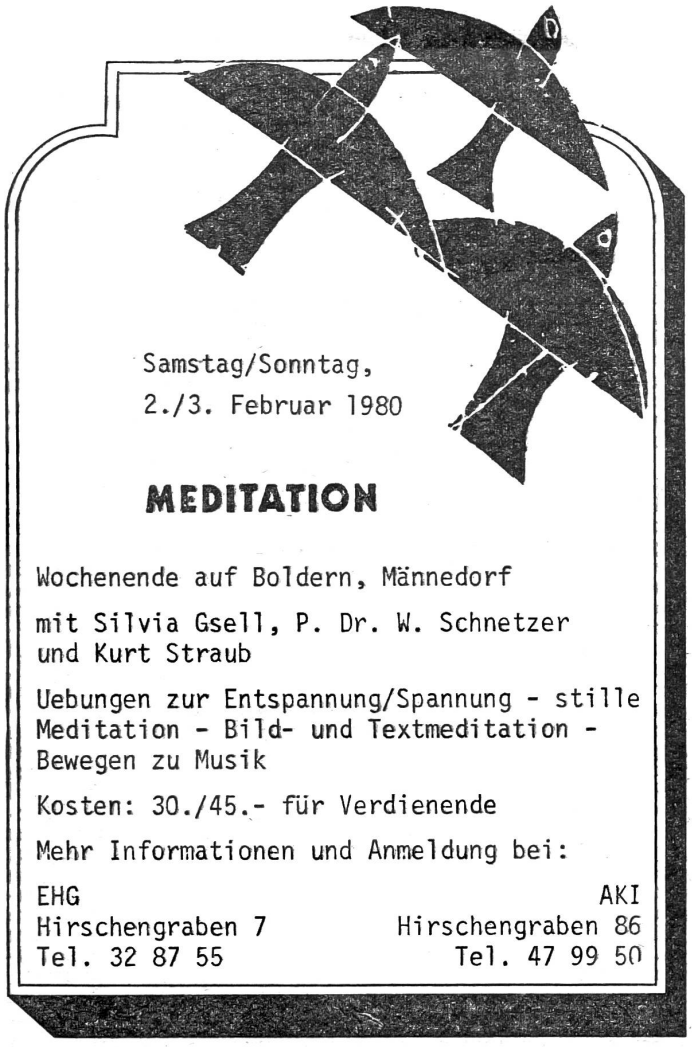
Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54

Jeans mit 10% Legirabatt bei GENYS Ecke Josef-Ackerstr. beim Brockenhaus

LEGI-RABATT

Mit Ihrem Inserat erreichen Sie über 17 000 Studenten und Studentinnen im Raume Zürich.

Es lohnt sich!



Samstag/Sonntag,
2./3. Februar 1980

MEDITATION

Wochenende auf Boldern, Männedorf

mit Silvia Gsell, P. Dr. W. Schnetzer und Kurt Straub

Uebungen zur Entspannung/Spannung - stille Meditation - Bild- und Textmeditation - Bewegen zu Musik

Kosten: 30./45.- für Verdienende

Mehr Informationen und Anmeldung bei:

EHG
Hirschengraben 7
Tel. 32 87 55

AKI
Hirschengraben 86
Tel. 47 99 50

AKI

Kath. Akademikerhaus
Hirschengraben 86
8001 ZÜRICH, 01/47 99 50

DIENSTAG, 22.Januar, 19.30 Uhr im AKI:

FILM: unsichtbare Mauern

Dieser 50-minütige Film von Paolo Spozio und Violet Moser zeigt die SITUATION DER FRAUEN VON STRAFGEFANGENEN.

Anschliessende Diskussion: Wie betrifft uns die Situation dieser Frauen und mit ihnen aller sozial Benachteiligten? Was können wir tun? Wo stossen wir an Grenzen? usw.

Durchführung: VIKO-Kontaktstelle (freiwillige Sozialeinsätze)

Wir schliessen uns dem VIKO-AUSFLUG für Kinder an und laden Euch ein zum **Schlitteltag** in EINSIEDELN:

SONNTAG, 27.Jan. (bei ungünstigem Wetter am SONNTAG, 3.Feb.)

Besammlung: 09.15 h vor Landesmuseum
Rückkehr : 17.17 h Zürich HB

SCHLITTEN nicht vergessen. Imbiss (Suppe und Brot) werden serviert. Rest selber mitbringen. Kosten für Bahn und Verpflegung: ca. Fr. 10.-. Anmeldung im AKI bis FR, 25.Jan., 12.00 h.

Betrifft alle Studenten und Studentinnen:

Über die Petition zur Zwischenprüfung bei den Juristen

Die juristische Abteilung zählt etwa 2500 eingeschriebene Studenten und Studentinnen. Während vier Wochen haben um die 20 Leute Unterschriften für die Petition gesammelt. Jetzt liegen 146 Unterschriften vor uns. Ungefähr 5%. Was sollen wir damit machen? Es bringt nichts, seufzend und gequält sich über die Studenten zu beklagen. Aber es bringt auch für die Gegenseite nichts, die das Schweigen der 95% allenfalls für sich zu werten suchte und, uns belächelnd, scheinbar «gestärkt» im bisherigen Kurs weitermachen will. Zum Beispiel mit Samstagsunterricht und Streichung von Lic-Prüfungsterminen pro Jahr, wie an der Fakultätssitzung im Dezember beschlossen wurde.

Sinnvoll ist, Erfahrungen mitzuteilen und so der Selbstreflexion und der Diskussion aus den Startschwierigkeiten zu helfen.

Häufig haben wir beobachtet, dass sich Studenten und Studentinnen gegenseitig davon abhielten zu unterschreiben, einerseits weil die Zwischenprüfung noch zu absolvieren ist, andrerseits weil sie schon bestanden war. Es betrifft im wesentlichen zwei Probleme: einerseits das Exponieren, andrerseits die Solidarität. Und das geht alle Studenten an.

Das Exponieren

Um zu verdeutlichen, wie das Problem anzugehen ist, müssen wir die Uni endlich wieder einmal als *gesellschaftliche* Institution begreifen, die nicht einfach als in sich geschlossen betrachtet werden kann. Nicht als eine Insel, die ausser mit dem Erziehungsrat mit nichts sonst in Verbindung steht. Sondern als Teil unseres Seins als Studenten und Studentinnen, das auch alle unsere gesellschaftlichen Erfahrungen in sich birgt.

Die gesellschaftliche Situation ist für den einzelnen bedrohlicher geworden, weil keiner weiss, was ein anderer über ihn weiss, zu wissen meint oder nicht weiss. Bespitzelung, Berufsverbote, reale, aber nicht fassbare Informationsflüsse. Dies löst beklemmende Gefühle aus.

Wer weiss was? Wenn ich mich in irgendeinem öffentlichen Rahmen kritisch äussere, stehe ich nachher auf einer Liste? Und falls

so eine Liste existiert, kann die mein späteres Leben beeinflussen?

Existiert überhaupt so eine Liste? – Nicht wahr, besser, im Zweifelsfalle sich ein Ja zu denken, denn nähmen wir eine Nichtexistenz an, und es existierte doch eine . . .

So schliesst sich der Kreis. Angst, die nicht sein müsste, aber ist, *weil* wir schweigen. Wir widersprechen nur noch, wenn es sicher niemand hört. Wir reden nur noch mit Leuten, von denen wir annehmen, dass sie auch so reden.

Wir unterschreiben nicht, obwohl wir zueinander sagen, dass die Zustände immer schlimmer werden.

Wir flüstern, wenn es stürmt, hoffend, der Wind trage das Geflüster nicht bis zum Ohr des nächsten.

Wir haben die vorher beschriebene gesellschaftliche Situation völlig verinnerlicht, das «Aussen» zu unserm Innen gemacht. In einem Übermass üben wir Selbstzensur: Es bleibt nur noch das Schweigen.

Da nützt auch das Wissen um die Petitionsfreiheit (BV Art. 57)[1] nichts mehr. Wie lange verharren wir noch so?

Als nächstes wird *«probeweise»* der Samstagsunterricht für die Juristen eingeführt.

Die Solidarität

Bei diesem Problem stehen sich – so scheint es – Individuum und Gesellschaftlichkeit gegenüber. Jeder von uns begreift sich zuerst als Individuum, völlig unterschieden von anderen. Andere Erfahrungen, andere Lebensbedingungen, andere Sozialisationen, andere Ziele.

Einzelner sein. An der Uni scheint es über das Einzelsein jedoch hinauszugehen, wenn man aufmerksam beobachtet: Man will sich in keiner Masse verlieren und versucht eifrig, seine Individualität *gegen* die vielen zu behaupten.[2]

An der Uni haben wir nur eines gemeinsam: Wir studieren und sind für ein paar Jahre den gleichen Studienbedingungen unterworfen. Ob der eine Werkstudent ohne Stipendien und der andere Stipendienbezüger ist, ob einer Richter, der andere Bankjurist und der dritte Rechtsberater werden will, ob einer Jeans und der andere Anzüge und Krawatten trägt: wir brauchen alle gleich viele Punkte, um uns fürs Lic anzumelden, und wir müssen alle die Zwischenprüfung bestehen.

Nur dieser kleine Teil kann uns wirklich gemeinsam sein, beinhaltet für uns alle die gleiche gesellschaftliche Erfahrung.

Auch wenn der eine sich im Ferienhaus seiner Eltern am Meer auf die Zwischenprüfung vorbereiten kann, ein anderer aber hier in Zürich in einem kleinen Zimmer mit dem Lärm der Westtangente lernen muss: gemeinsam haben wir (und *nur* dies; es sollen keine Grenzen verwischt werden), dass wir die Zwischenprüfung bestehen müssen, dass um die 45% durchfallen werden – und dass ohne Bestehen der Zwischenprüfung nach drei Versuchen das Studium im Eimer ist.

Dies ist wohl der Teil der Gesellschaftlichkeit, der im Bereich der Uni für alle Jus-Studenten und -Studentinnen gilt und darum nicht jeder Individualität gegenübersteht, sondern mit zur Studentenidentität des einzelnen gehört.

Dies ist doch längst ausreichend, um sich nicht immer rauszuhalten, sondern sich endlich, endlich *hier* einzubringen.

Nämlich hier, wo es um diese Prüfungen geht, egal, ob bestanden oder nicht, weil sie einen wesentlichen, allgemeinen Teil unseres Uni-Lebens bilden. Hier auch, wo gleiche Erfahrungen gemacht werden, können wir studentische Interessen geltend machen – aber dies auch erst, wenn *wir* sie als solche begreifen.

Die Probe aufs Exempel kommt bestimmt: Der Samstagsunterricht wird «probeweise» eingeführt. Im Klartext heisst dies, dass ein bestimmter, bis anhin möglicher Sozialkontakt massiv verkürzt wird. Was nützt der freie Montag, wenn man deswegen mit Berufstätigen kein ganzes Wochenende mehr verbringen kann? Angenommen, der Unterricht am Samstag wird zunächst für die Erst-, evtl. Zweitsemestrigen eingeführt. Die kommen frisch von der Mittelschule, sind sich gewöhnt und wissen in der Regel nicht, dass und wie man sich wehren kann. Am wenigsten Widerstand gegen die Innovatoren.

Was machen die älteren Semester?

Geht es nun *alle* an oder nicht?

FV-Jus: der Vorstand
AG ZP

[1] BV = Bundesverfassung (Die Petitionsfreiheit besagt, dass jedermann Forderungen in Form von Petitionen an die Behörden stellen kann, ohne deswegen irgendwie benachteiligt zu werden. – Allerdings brauchen die Behörden nicht auf Petitionen einzugehen.)

[2] Als Untermauerung dieser Behauptung sei auf das soziale Verhalten von Jus-Studenten (z. B. in einer Vorlesung mit über 300 Teilnehmern) verwiesen.

Der VSETH-Vorstand sucht versierten Jus-Studenten als Sachbearbeiter. Arbeitszeit und Entlöhnung nach Vereinbarung. Tel. 34 24 31.

FV-Jus: Zwischenprüfungsseminar

Auch diesen Frühling veranstalten wir wieder unser ZP-Seminar. Hier die wichtigsten Infos: Das Seminar findet in den letzten vier Wochen vor der ZP statt. Einmal pro Woche wird während eines ganzen Tages ein Fach repetiert. Es wird in Arbeitsgruppen gearbeitet, die von einem Tutor betreut werden. Als Arbeitsgrundlage dienen in allen Fächern, ausser BWL und VWL (wo die Fragen bereits in den Übungen verteilt werden), die drei letzten Zwischenprüfungen, die man mit der Anmeldung bei uns bestellen kann.

Nächste Woche werden Flugblätter, auf denen sich Anmeldeformulare befinden, in einer Vorlesung für Drittsemestrige verteilt. Wer kein Flugblatt erhält, kann eines abholen, und zwar am Montag, 28. 1. 1980, zwischen 12.15 und 13.00 Uhr, im VSU-Büro, Phoenixweg 9.

Die Anmeldefrist läuft bis zum 2. Februar 1980. Die Kosten betragen für FV-Mitglieder 15 Fr., für Nichtmitglieder 20 Fr.

Vorstand FV-Jus

Marxistischer Studentenverband

Diskussionsrunde
«Sozialdemokratie und
Landesverteidigung»

In der zweiten Semesterhälfte haben wir für unsere Diskussionsrunden kein übergreifendes Thema gewählt; wir wollen vielmehr die Zeit einmal dazu nutzen, zu aktuellen Themen Stellung zu beziehen oder auch Probleme zu diskutieren, die einzelne Mitglieder des Verbandes besonders interessieren, mit denen sie sich auseinandergesetzt haben, sei das in einer Seminararbeit im Zusammenhang mit Lic, Diplom oder auch ihren sonstigen politischen Aktivitäten.

Begonnen haben wir diese Reihe letzte Woche zum Thema Staatsschutz und Repression. Diese Woche beschäftigen wir uns mit der Sozialdemokratie und ihrem Verhältnis zur Schweizer Armee. Wie war das zu Beginn unseres Jahrhunderts? In einer Seminararbeit am Historischen Seminar zeigte sich, dass diese Epoche kaum untersucht wurde. Über Einsätze der Armee gegen streikende Arbeiter ist wohl aus der Zeit des Generalstreiks einiges vorhanden, während es auch im ersten Jahrzehnt (zwischen 1900 und 1910) bedeutende Auseinandersetzungen gab. Beim Bau des Rickentunnels (1904) streikten die Tunnelarbeiter und stellten die Forderung nach einem Achtstundentag bei gleichem Lohn.

Der Militäreinsatz am Ricken richtete sich dann in erster Linie gegen die besser organisierten italienischen Arbeiter, was aber nicht zu einer Abschreckung, sondern zu einer Solidarisierung der SP mit den Ausländern führte.

Dies ist nur ein kurzer Ausschnitt aus der Arbeit; untersucht wurden auch das Verhältnis zu den Dienstverweigerern und zahlreiche weitere «Fälle».

Interessant wäre auch ein Vergleich der damaligen Position mit der heutigen. Als Lektüre bietet sich dafür das EMD-Schwarzbuch der SP an.

FV Germanistik

Am Mittwoch, 23. Januar, 12.15 Uhr, findet im Hörsaal 122 die Vollversammlung für dieses Semester statt. Nebst Informationen über den Fachverein steht vor allem die Wahl in die Seminarkonferenz im Vordergrund. Es ist gut, wenn möglichst viele kommen.

Wir suchen ausserdem dringend neue Leute für den Vorstand. Wer Lust hat mitzumachen, soll doch an die Versammlung kommen!

Scherereien beim Umzug des Historischen Seminars

Plangeplänkel

Dieses Semester drohte dem Historischen Seminar (HS) mit dem bevorstehenden Umzug in ein Provisorium die Gefahr einer enormen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, da die Studenten bei der Planung vollständig übergangen worden sind. Ohne auch nur eine Frage nach den Bedürfnissen der Studenten haben die Professoren still und leise der Uni ihre Wünsche vorgelegt. Auch die Zusammenarbeit mit der Bibliothek war sehr mangelhaft. Das Resultat dieses selbstherrlichen Vorgehens war ein für Studenten und Bibliothek unannehmbares Projekt. Der Bibliothek hätte es ein Chaos erster Güte beschert. Studentische Arbeitsplätze wären der Zahl nach (120) zwar genügend vorhanden gewesen, jedoch bis zu 50 zusammen in einem Saal, was jede Arbeit verunmöglicht. Eine volle Belegung solcher Säle wäre gar nicht möglich. Die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze hätte also nicht einmal eine Erweiterung der Kapazität gebracht. Einziges «Ergebnis» wäre die Unterbindung von zwischenmenschlichen Kontakten gewesen. Dafür war aber eine Verdoppelung der Zahl der Büros für Professoren und Assistenten vorgesehen. Der Fachverein konnte sich erst zu einem Zeitpunkt einschalten, als wieder einmal eigentlich alles entschieden war. Eine der Bedeutung der Angelegenheit entsprechende Aktivierung der Studenten hat jetzt Erfolg gebracht: Der von den Studenten ausgearbeitete Änderungsvorschlag wird fast vollständig verwirklicht.

Das HS bietet heute etwa 70 ständige Arbeitsplätze (alle 2- und 3fach belegt) und Räume für Gruppenarbeit. Mit dem ursprünglichen Projekt wäre es fast unmöglich gewesen, regelmässig am Seminar zu arbeiten, was gerade uns Geschichtsstudenten als sehr wichtig erscheint. Durch eine genügende Zahl von brauchbaren ständigen Arbeitsplätzen entsteht ein reger Kontakt und Gedankenaustausch; eine Vereinzelung und isoliertes Arbeiten werden vermieden. Im Vergleich zum HS herrschen in der Frage der Arbeitsplätze in den meisten Fächern weit schlechtere Bedingungen, das Problem ist aber auch dort von gleich grosser Bedeutung. Eine genauere Darstellung der Ereignisse und Erfahrungen am HS lohnt sich also.

Das Schäflein . . .

Mehrfach hatte man im Seminar die vorliegenden Pläne als noch nicht endgültig bezeichnet, darüber müsse noch einmal geredet werden. Die Raumkoordinationsstelle der Uni stellte sich aber Anfang Semester, aus ihrer Sicht wohl zu Recht, auf den Standpunkt, die Vernehmlassung des Seminars sei abgeschlossen. Ob sich die Herren Professoren wirklich so über den Verlauf der Planung geirrt haben? Sie wollten sich offensichtlich nicht mehr mit der Sache befassen; ihr Interesse an der Sache war überhaupt gering, und um ihre Büros brauchten sie sich auch weit weniger Sorgen zu machen als die Studenten um ihre Arbeitsräume.

Wochenlang führte der Vorstand immer wieder Gespräche mit den betreffenden Stellen im Seminar und an der Uni. Dabei war eigentlich auch Bereitschaft zum Zuhören und Antworten vorhanden. In diesen rein unverbindlichen und informellen Gesprächen konnten natürlich aber nur unwesentliche Verbesserungen erreicht werden. Die durch die vorangegangenen Entscheide und den institutionellen Entscheidungsweg geschaffenen «Sachzwänge» schränkten in dieser Phase die Einflussmöglichkeiten stark ein. Immer wieder wurden noch offene Abklärungen über Statikprobleme, Feuerpolizei, Finanzierung usw. vorgeschoben, oder der Betreffende war nicht oder noch nicht entscheidungsberechtigt. Aber immerhin wurde der Boden für eine effektivere Mitsprache bereitet.

Dass es notwendig ist, so von Grund auf vorzugehen, wirft ein bezeichnendes Licht auch auf die Haltung zur Mitsprache und die entsprechende Informationspolitik. Am Historischen Seminar herrscht da beinahe reine Wüste. Eine Beteiligung an wesentlichen Entscheidungen, immer auch verbunden mit der notwendigen brauchbaren Information, findet nicht statt.

. . . im trockenen

Der Vorstand des Fachvereins arbeitete nun ein Projekt aus, welches geringe bauliche Änderungen zur Unterteilung der zu grossen Arbeitsräume erforderte. Da Bauten in den Entscheidungsbereich der Uni fallen, wurde gefordert, dass das HS die Ergänzung gegenüber der Uni durchsetze. An 2 Historikerversammlungen in derselben Woche ist der Plan besprochen worden. Verschiedene Aktionen zu seiner Durchsetzung und für den Fall der Ablehnung wurden dabei diskutiert.

Inzwischen hatte sich auch seminarintern die Möglichkeit zu einer weniger unverbindlichen Mitsprache ergeben. Eine aus allen beteiligten Gruppen zusammengesetzte Kommission sollte die verschiedenen Forderungen zusammentragen und besprechen. Letztlich wurde der studentische Vorschlag übernommen und vom Seminar den Planern der Uni vorgelegt, ein erster Erfolg.

Für diese entscheidende Besprechung wurde eine studentische Beteiligung gefordert, da das Vertrauen in den Eifer eines Professors bei der Durchsetzung studentischer Forderungen nicht sehr gross war. (Zudem waren auch Bibliothek und Seminarverwaltung vertreten.) Sie wurde mit durchweg fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Allgemeine Grundhaltung: Studenten sind einfach keine vollwertigen Gesprächspartner.

In diesem Fall war das Ergebnis dann doch erfreulich. Bemerkenswert dabei ist wohl, dass die Professoren von den ihnen von Anfang an zugeschobenen Verbesserungen sehr wenig aufgeben mussten, wohl auch ein Grund für die ziemlich reibungslose Änderung. Zudem ist so eine Auseinandersetzung um eine andere Verteilung des Platzes umgangen worden. Angesichts des unhaltbaren ursprünglichen Projekts und seiner Entstehung waren die Historiker dazu durchaus auch bereit.

Im Verlauf dieser Angelegenheiten ist deutlich geworden, dass die Beteiligung der Studenten an wesentlichen Entscheiden von Anfang an erforderlich und auch durchführbar ist. *Der Vorstand*

NB: Am 22. Januar, 12.15 Uhr Historikerversammlung, u. a. zu diesem Thema.

Coin bizarre

Zwei rote Weissblaue suchen zwecks Gleichgesinnung Schafkopfpartner für einen flotten Vierer (1× mtl.). CSU-Typen nicht gefragt. Hermann Baumeister, Tel. 241 59 86.

Achtung: Dies ist ein **echtes** Kleininserat, und wir beglückwünschen den Pionier. Für alle, die es auch mit einem Kleininserat (Liebe, Wohnen, Reisen, Musikmachen u. v. m.) versuchen wollen, hier noch einmal die Bedingungen: Pauschalpreis für 5 Zeilen (à 32 Anschläge) 10 Fr. Für «Chiffre» 2 Fr. zusätzlich für Umtriebe. **Wagt es! Die Leserschaft ist enorm, die Chancen sind quasi unbegrenzt!**

Unser Buchtip

Günter Amendt: Das Sexbuch. Wird von gewissen Schulvorständen als *«fast schon pornographisch»* den Schülern vorenthalten! 250 S., viele Abbildungen *9.80*

Jean Carpentier: Aufwiegelung zur Gesundheit. Aufzeichnungen eines französischen Kassenarztes. 158 S. *9.—*

Jetzt im Taschenbuch und nur noch halb so teuer:

Klaus Theweleit: Männerphantasien. Bd. 1 und Bd. 2 *je 12.80*

Pinkus Genossenschaft Zürich
Froschaugasse 7

Limmatbuchhandlung
Telefon (01) 32 26 74
Antiquariat
Büchersuchdienst
Verlagsauslieferungen

Die Kugelkopfschreibmaschine IBM 82 C mit der berühmten Korrekturtaste kann man auch mieten. Direkt bei der IBM.

Rufen Sie uns einfach an. IBM Schweiz, Niederlassung Zürich, Dreikönigstrasse 24, 8002 Zürich, Tel. 01/207 31 11.

IBM
IBM Schweiz

Willkommen
In den Cafeterias und Mensen von

Uni Zentrum
Uni Irchel
Zahnärztl. Institut
Vet.-med. Fakultät
Botanischer Garten
Institutsgebäude
Kantonsschule Rämibühl
Künstlergasse 10
Strickhofareal
Plattenstr. 11
Winterthurerstr. 260
Zollikerstr. 107
Freiestr. 36
Freiestr. 26

Frisch, freundlich, preiswert
Wir freuen uns auf Ihren Besuch

zh

theater am neumarkt
Vorverkauf 15–19 Uhr. Neumarkt 5. Tel. 32 44 88

21./22.1. wegen Premiere-Vorbereitungen geschlossen
Frühlings Erwachen
Eine Kindertragödie von Frank Wedekind
Mi. 23. 1. bis Fr. 25. 1., 20.00 Uhr

Nocturne: **Greife wacker nach der Sünde**
Lieder, Szenen und Texte von Frank Wedekind
Fr. 25./Sa. 26. 1., 23.00 Uhr

Szenisch-dramatische Lesung **Johann Nestroy:**
Liebesgeschichten und Heiratssachen
Samstag, 26. 1., **20.00 Uhr**

Jeans for everybody
Tiffanys
JEANS STORE
Stüssihofstatt 8
8001 Zürich
Studenten mit Legi 10% Rabatt

Polanski: Das Messer im Wasser

Filmstellen VSU/VSETH zeigen:

Noz w Wodzie – Das Messer im Wasser

Von Roman Polanski (1962)
Mit Leon Niemczyk, Zygmunt Malanowicz, Jolanta Umecka
Mi/Do, 23./24. Jan., um 19.30 im ETH-HG F7

Der erste lange Spielfilm des (damals noch nicht) aus Polen emigrierten Polanski bildet den Auftakt zum Zyklus *«Polnische Filme nach 1945»*. In drei Kinogenerationen gelangten hier so bedeutende Filmemacher wie Alexander Munk, Andrzej Wajda, Wojcjech Has oder in neuerer Zeit Krysztow Zanussi mit ihren Werken zu internationalem Ruhm.

«Das Messer im Wasser» erzählt die Geschichte eines Ausflugs zu dritt. Ein Ehepaar, er Sportredaktor, sie ebenfalls intellektuell, gabelt einen jungen Studenten auf und nimmt ihn auf seine Wochenendbootsfahrt mit. Es kommt zum Konflikt, als der Junge den arrivierten Älteren mit provokativen Sprüchen herausfordert: Dieser fühlt seine Selbstsicherheit bedroht und stösst ihn ins Wasser. Verstört ob seiner Tat, will der Ehemann die Polizei avisieren; währenddem steigt der «Ertrunkene» ins Boot zurück, wo sich zwischen ihm und der Frau eine kurze Romanze abspielt.

Aus einem Sommerabenteuer mit Dreiecksgeschichte hat Polanski ein psychologisches Kammerspiel um gesellschaftliche wie private Probleme gemacht. Der Generationenkonflikt entlarvt hier den wohlhabenden Bürger ebenso wie den «Revolutionär»: Wo der eine krampfhaft sein Gesicht zu wahren versucht, verbirgt der andere hinter seinem provozierenden Gehabe den Neid auf den Besitzenden. Der Skeptiker Polanski entlarvt so die Korruptheit der Nachkriegsgesellschaft auf drastische Weise.

Als Sondervorstellung:

O Thiassos – die Wanderschauspieler

Von Theodoros Angelopoulos (1975)
Fr. 25. Jan., im ETH-HG F7
Griech. Version mit frz. Titeln
Achtung: Beginn um 17.30, längere Pause in der Mitte geplant

«O Thiassos» erzählt die Geschichte einer Truppe von Wanderschauspielern, die an verschiedenen Orten Griechenlands ihr Stück aufzuführen versuchen. Doch niemals kommen sie bis zum Ende der Vorstellung, immer erzwingen die Zeitgeschehnisse zwischen 1939 und 1952 den Abbruch oder die Veränderung des Stücks. Mit den Schauspielern kommt das griechische Volk nicht zur Ruhe: Von der Metaxas-Diktatur über die Nazi-Okkupation, die Volksbefreiung von 1944, die Präsenz von Grossbritannien und den USA bis hin zum Regime des Marschalls Papagos spiegelt sich jede politische Änderung im Leben der Spieler und ist Ursache für ständiges Leiden. Die Realität bricht ins Theater ein mittels Mord, Verrat, Verhaftungen und Exekutionen.

«O Thiassos», dieses monumentale Filmwerk ohne eine langweilige Minute, besticht den aufnahmebereiten Zuschauer durch seine Bildkraft und den aussergewöhnlichen Inszenierungsstil. Wir freuen uns, den *«bedeutendsten Film der siebziger Jahre»*, wie namhafte Kritiker das Werk nennen, endlich als Zürcher Erstaufführung zeigen zu können!

«Musig am Määntig»

Dieter Süverkrüp

Montag, 28. Jan. 1980, 20.30 Uhr, untere Mensa der Uni Zürich

Süverkrüp und die Musik: Erfolglos vor dem Schulchor gedrückt. Mit 15 zum erstenmal eine Gitarre ergriffen, um sogleich Balladen auf den Schulalltag zu verfertigen, was ihm gleichermassen Lob und Tadel einbrachte. 1956 bei dem *«Feetwarmers»* eingestiegen. Drei Jahre lang gejazzt, zwei Festivalpreise in Düsseldorf als *«bester»* Gitarrist. So gegen 1957 Bekanntschaft mit Gerd Semmer, dessen Übersetzungen von Liedern der Französischen Revolution er vertonte und sang. Seit 1965 eigene Lieder. *«So an die 200 bis heute, aber gezählt habe ich sie noch nie.»*

Süverkrüp, seine Lieder und die Politik: 1952 Eintritt in die *«Internationale der Kriegsdienstgegner»*. Aktiver Teilnehmer an allen Ostermärschen, der Anti-Notstands-Kampagne, den Kämpfen gegen den Neonazismus, an Lohnkämpfen und anderen demokratischen Bewegungen. Seit 1973 Mitglied der DKP. In alle wichtigen politischen Auseinandersetzungen hat er mit seinen Liedern eingegriffen – ernst und ironisch, mit Spott geschliffen, pointiert. *Sein Ziel:* Widersprüche sichtbar machen, Denkanstösse geben, zum Handeln für die eigenen Interessen, zur politischen Praxis ermuntern.

Ausstellung im Lichthof

Die Dagomba

«König, Fürsten, Bauern. Die Dagomba in Nordghana» – die ethnologische Ausstellung zu diesem Thema wurde von einer studentischen Arbeitsgruppe an der *Universität Mainz* unter Leitung von *Dr. Brigitta Benzing*, Lehrbeauftragte an der Universität Zürich zusammengestellt.

Die *Dagomba*, ein kleines Volk von 250 000 Menschen in Nordghana, dürften den meisten bisher unbekannt gewesen sein. Warum nun also diese Ausstellung? Die Gründe sind mannigfach. Auf den ersten Blick mag uns dieses Volk fremd erscheinen. Doch so fern sind uns die Dagomba gar nicht. Nehmen wir das Beispiel *«Luxus»*. Es ist bezeichnend, wie bescheiden die modernen Luxusgegenstände bei diesem Volk sind. Im Vergleich mit unserer Wohlstandsgesellschaft erscheinen sie arm und rückständig. Doch warum vergessen wir, dass sich noch vor nicht allzu langer Zeit der *«Luxus»* bei uns auf dem Lande in ähnlichen Gegenständen äusserte? Ist denn eine materiell arme Gesellschaft schlechthin eine arme Gesellschaft?

Die Ausstellung wird bis zum *5. Februar* im *Lichthof* der Universität Zürich und anschliessend für weitere *2 Wochen* in der *Uni Irchel* zu sehen sein.

«Vorwärts»-Pressefest, Volkshaus

Dietrich Kittner

Sa., 26. Jan. 1980

Wallraff über Kittner: «Er verdient den Ehrentitel ‹Radikaler im öffentlichen Dienst›. Auch manche Linke – für die Lachen an sich schon oft Frevel und Sakrileg ist – können von Kittner lernen.»

Dietrich Kittner, Kabarettist, 1965 auf offener Strasse mit Helm und Gasmaske verhaftet, betreibt seit 1966 konsequentes *Einmanntheater*. (Kittner: *«Es ist eben doch effektiver, die Mitspieler im Saal zu haben statt auf der Bühne.»)*

1975 eröffneten er und seine Frau das Theater an der Bult in Hannover. Von Anfang an ist es ausverkauft. 30% Studenten, 8% Rentner, 26% Bildungsbürger, 21% Arbeiter, 12% sonstige und der Rest vom Verfassungsschutz.

Kittner beisst mit Ironie und Satire. Er beisst die Rechten – die Richtigen.

Kabarett ist aber mehr. Kabarett ist Aufklärung, nicht Ventil. Wirkliches Kabarett zeigt, wo was nicht stimmt. Eine Änderung der Verhältnisse wird allein daraus nicht kommen. Aber im gesamtgesellschaftlichen Zahnrad, das die Dinge einer wirklichen Demokratisierung zutreiben soll, ist *«Kleinkunst»* sicherlich ein Zacken.

Die Grüne Partei stellt sich vor

Donnerstag, 24. Januar, 19.15 Uhr,
ETH-Hauptgebäude,
Auditorium E 1.1

Folgende Themen werden im Vortrag angeschnitten:

- Die ökologischen Kreisläufe in der Natur und ihre Störungen
- Die Abhängigkeit des heutigen Menschen von der Technik
- Planung und Bodenpolitik
- Die heutige Nahrungsmittelproduktion und der biologische Landbau

Spanien

– Hintergründe zur sozialökonomischen Situation der ländlichen Bevölkerung oder: Scheint die Sonne auch für die Bauern?

Dies ist das Thema für ein Referat mit folgenden Schwerpunkten:

- Landwirtschaftsstruktur in Spanien: regionale Unterschiede (Kleinbauern im Norden, Grossgrundbesitzer im Süden), historische Entwicklung
- politische Schwierigkeiten, die eine Landreform verhindern

In der Annahme, dass grosses Interesse für diese Themen vorhanden ist, haben der VIAETH und KfE **Dr. phil. José Manuel López** gebeten, diesen Vortrag zu halten.

Wir möchten den Referenten stichwortartig vorstellen:

- Bauer in Nordspanien bis zum Alter von neunzehn Jahren
- Einwanderung in die Schweiz (1964) aus finanziellen Gründen
- Arbeit als Hausangestellter, Kellner, Fabrikarbeiter, kaufm. Angestellter
- Fernmatur bei der AKAD
- Studium der Literaturkritik, spanische und italienische Literatur
- Mittelschullehrer, Assistent an der Hochschule St. Gallen, Lehrbeauftragter in der Dolmetscherschule und der Abt. XII der ETH

Mitwoch, 23. Januar, 19.15 Uhr im Hörsaal E 1.1 (Hauptgebäude ETH)

Organisation: VIAETH und KfE

Wehret den Offizieren!

An der Berner Uni kandidiert, wie man dem «Tages-Anzeiger» und der «NZZ» letzte Woche entnehmen konnte, eine Gruppe mit dem Namen «Wehrhafte Berner Studenten» mit einer vollen Liste an den Studentenratswahlen. Hervorgegangen ist diese Gruppierung aus den «Offizieren der Universität Bern»; sie verfügt offenbar über Verbindungen zu namhaften Stellen inner- und ausserhalb der Universität, sprich im EMD und in der Privatwirtschaft. Auf dem Spenderkonto der Wehrhaften, «denen es in der Schweiz gefällt» und die das Bestehende erhalten wollen, häuft sich das Geld. Dies die Meldung.

Und hier der Kommentar: Soweit sind wir also. Vor einigen Jahren noch undenkbar, versuchen extrem rechtsstehende Kreise mit Munition von grossen Mäzenen Einfluss auf die Studentenpolitik zu nehmen. Nach eigenen Aussagen Kämpfer gegen alle Reformen, sind diese neu sich bildenden Kreise ein Ausdruck für die bedenklich überhandnehmende Militarisierung aller Gesellschaftsbereiche, ein Ausdruck für die gefrässig-antidemokratische Haltung einiger Armeekreise. Kurz: es war noch nie ein gutes Zeichen, wenn sich das Militär in Bildung, Schule und Wissenschaft einmischen wollte. Die sollen ihre Sandkastenspiele woanders abhalten. *Die Red.*

WOCHENKALENDER 21.-27.1.80

Redaktionsschluss Wochenkalender Mittwoch 12.00 Uhr!

Regelmässig:

montags

- **POCH-Hochschulgruppe:** *Mitgliederversammlung,* Restaurant «Leoneck», Leonhardstr. 1 *12.00–14.00*
- **VMP:** *Vorstandsitzung,* Universitätstr. 19, 3. Stock, *12.00–14.00*
- **KfE des VSETH:** *3.-Welt-Lesezimmer,* Polyterrasse A73, *12.00–14.00*
- **FV Kunstgeschichte:** *offene Vorstandssitzung,* Zi 125, Künstlergasse 16, *15.00*
- **AKI:** *Anmeldung für AKI-Zmittag, 17.00*
- **KJS (Kritische Jus-Studenten):** *Sitzung,* Uni HS u 41, *18.15*
- ★ **EHG:** *AG Ökologie und Politik,* Foyer, Voltastrasse 58 *19.00*
- **Bewegungstheater:** *Neu ab 7. Januar (Auskünfte Tel. 202 91 33),* Schulhaus Forchstrasse 217 *19.45*
- **Atelier 33:** *Selbstdarstellungsabend,* Jugendhaus Drahtschmiedli *20.00*

dienstags

- **NV:** *Vorstandssitzung,* Universitätsstr. 19 *12.00*
- **AKI:** *AKI-Zmittag, 12.15*
- **AG Kritische Psychologie:** *Volker Schurig: Die Entstehung des Bewusstseins,* HS 210 *12.15*
- **VSU/VSETH:** *Frauenkommission,* untere Mensa *18.30*
- **«Loch Ness»:** *Bar und Diskothek,* Clausiusstr. 33 *20.00–24.00*

mittwochs

- **KfE des VSETH:** *3.-Welt-Lesezimmer,* Polyterrasse A73, *12.00–14.00*
- **HoV der Christlichen Wissenschaft:** *Semesterthema: Selbstvertrauen,* Uni HS 210 *12.15*
- ★ **BHG:** *Schulungskurs,* SiZi 1 Polyterrasse, *12.15–13.45*
- **FV Geschichte:** *Historikerkaffee 16.00*
- **FV Sinologie und Japanologie:** *Treff der Ostasiaten,* Rest. «Predigerhof» *ab 19.00*
- **AKI:** *Eucharistiefeier, 19.15*
- **ISC:** *Disco,* Augustinerhof, *21.00*

donnerstags

- **Stipendienberatung VSETH/VSU:** *Beratung,* Büro Z 91, ETH-Polyterrasse, *10.00–13.30*
- **AG Kritische Psychologie u. FV Soziologie:** *Sozialisation aus der Sicht der K. Psych.,* HS 334 *12.15*
- **FV Sonderpädagogik:** *Mittagsstamm für Behinderte und Nichtbehinderte (reservierter Tisch)* obere Mensa *ab 12.15*
- **Geographen:** *Stamm* im Rest. «Löwen», *ab 15.00*
- **Atelier 33:** *Selbstdarstellungstraining für Anfänger,* Jugendhaus Drahtschmiedli *18.30*
- ★ **AMIV:** *Diskussion, Erfahrungsaustausch, gemütl. Zusammensein,* AMIV, Universitätstr. *17.30*
- **AKI:** *Kammerorchester, 19.30*
- **«Loch Ness»:** *Bar und Diskothek,* Clausiusstr. 33 20.00–24.00

freitags

- **EHG:** *Beiz – ein gemütlicher Zmittag für 4.50 Fr.,* Hirschengraben 7 *12.15*
- **ISC:** *Disco,* Augustinerhof, *21.00*
- **Homosexuelle Arbeitsgruppe Zürich (HAZ):** HAZ-Kontaktzentrum ZABI, VSETH-Keller, Leonhardstr. 19 *21.00–2.00*

samstags

- **ISC:** *Disco,* Augustinerhof, *21.00*

DC-Vorankündigung
des 2. ordentlichen DC's des VSETH 5. und 7. Februar 1980

Diese Woche:

Montag, 21. Januar

- ★ **AGU/AGOEP:** *Seminar: Einführung in Ökologie und Politik,* Voltastr. 58 *17.15*
- **Afrikanischer Tanz:** *mit Pierre und Prosper, Paris. Auskunft: 55 49 53* Polyfoyer *18.00 u. 20.00*
- **AKI:** *«Der Islam und wir», Vortrag von Dr. Hottinger, Madrid,* Hirschengraben 86 *20.00*
- **Musig am Määnig:** *David Qualey,* untere Mensa *20.30*

Dienstag, 22. Januar

- **FV Historiker:** *Mitgliederversammlung: Themen u. a. Zügelete, Lehrveranstaltungen, Finanzlage,* Hist. Seminar *12.15*
- **Gemüsebaugenossenschaft:** *Bildung von Arbeitsgruppen,* land- und forstwirtschaftliches Gebäude L7W 1C *12.30*
- **AIV-Hönggerbergfilm:** *«Klute» von A. J. Pakula,* HIL E1 *18.00*
- **AG für Altersforschung:** *Vortrag von PD Dr. H. D. Schneider: «Zufriedenheit im Alter»,* HS E18 *18.15*
- **Studentenbibelgruppe:** *«Verhältnis zur Gesellschaft», Vortrag von Prof. Dr. iur. W. Kägi,* Helferei Kirchgasse 13 *19.30*
- **Afrikanischer Tanz:** *vgl. Mo*
- **FV Anglistik:** *Anglistenstamm,* Rest. «Oberhof» *19.15*
- **AKI:** *«Unsichtbare Mauern» (Film über die Situation der Frauen von Strafgefangenen), anschl. Diskussion mit der VIKO-Kontaktstelle für freiwillige Sozialeinsätze,* Hirschengraben 86 *19.30*

Mittwoch, 23. Januar

- **Afrikanischer Tanz:** *vgl. Mo*
- **VIAETH und KfE:** *Spanien – Hintergründe zur sozialökonomischen Situation der ländlichen Bevölkerung. Referat mit Dias von Dr. phil. José Manuel Lopez,* ETH-HG E1.1 *19.15*
- **Filmstellen VSU/VSETH:** *«Das Messer im Wasser» (Polen, 1961) von Polanski,* ETH-HG F7 *19.30*
- ★ **EHG/AGU:** *Kritisch bleiben im Beruf. Gespräche mit Hans A. Pestalozzi, Res Strehle, Felix Ritter, Ruedi Albonico,* Uni-HS 101 *19.30*

Donnerstag, 24. Januar

- **Afrikanischer Tanz:** *vgl. Mo*
- ★ **VIAETH:** *Die Grüne Partei stellt sich vor. Kurzreferat und anschl. Diskussion (vgl. Artikel),* ETH-HG E1.1 *19.15*
- **Filmstellen VSU/VSETH:** *Vergleiche Mittwoch*

Freitag, 25. Januar

- **AKI:** *Anmeldung VIKO-Schlitteltag* in Einsiedeln *12.00*
- **EHG:** *Offener Abend, ein gutes Essen, Musik, Tanz,* Hirschengraben 7 *18.30*
- **«freaks am friitig»:** *«Niederdorf Rock Ensemble», Eintritt lumpigi vier Fränkli,* Polyfoyer *20.30*

Samstag, 26. Januar

- **«Vorwärts»-Pressefest:** *Riesenwelle (vgl. Inserat),* Türöffnung 18.00 *Beginn 18.30*
- **Studententheater:** *«Abreise», Theaterstück in einem Wartsaal, von Julius Effenberger. Mit der Zürcher Punk-Gruppe «Mothers»,* Keller Rämistr. 62 *20.15*

Sonntag, 27. Januar

- **AKI:** *VIKO-Schlitteltag* in Einsiedeln, Besammlung vor dem Landesmuseum *9.15*
- **Studententheater:** *«Abreise» (vgl. Sa),* Keller Rämistr. 62 *20.15*

Das ist pure Ausbeutung!

In letzter Zeit ist es zu oft vorgekommen, dass wir die meisten Manuskripte für den «zs» erst am Mittwoch erhielten. Das ist schlicht eine Sauerei. Nicht wegen uns, sondern wegen den Leuten vom «Tages-Anzeiger», wo der «zs» produziert wird. Diese geraten durch den von Euch ausgelösten Verzug in grosse Zeitbedrängnis. In einer der nächsten Nummern werden wir Euch den Produktionsablauf einmal im Bild aufzeigen. Bitte haltet Euch an die Redaktionsdaten. *Die Redaktion*

WOCHENPROGRAMM

/a/s/v/z/

21.–27. Januar 1980
Nr. 12
Wintersemester 1979/80

Ski Alpin:

Information
Details «Information Ski alpin» erfahren Sie an den Anschlagbrettern Polyterrasse, HSA Hönggerberg, HSA Fluntern und Rämistrasse 80

Weekend
Andermatt, 26./27. Januar, 95 Fr.
Anmeldeschluss: Dienstag, 22. Januar, 14 Uhr

Skilager
St. Moritz, 23. Februar bis 1. März, 410 Fr.
Anmeldeschluss: Montag, 11. Februar, 16 Uhr

Tourenlager
Sedrun, 23. März bis 29. März, 235 Fr.
Anmeldeschluss: Freitag, 7. März, 16 Uhr

Skilanglauf:

Zürcher Hochschulmeisterschaften
Einsiedeln, Dienstag, 5. Februar
Anmeldeschluss: Einzellauf, 1. Februar
Staffellauf, 5. Februar

Schweizer Hochschulmeisterschaften
Gadmen, 15.–17. Februar
Anmeldeschluss: Freitag, 1. Februar

Eishockey:
SHM, Vorrunde Uni, Montag, 21. Januar, in Neuenburg
SHM, Vorrunde ETH, Montag, 28. Januar, in Zürich

Sola-Staffette:
Staffellauf von St. Gallen nach Zürich, Samstag, 3. Mai
Anmeldeschluss: Freitag, 22. Februar

Tischtennis:
Zürcher Hochschulmeisterschaften, Finalrunde am Mittwoch, 30. Januar, 18 Uhr, Polyterrasse
Schweizer Hochschulmeisterschaften, Freitag/Samstag, 8./9. Februar, Polyterrasse